

Cüberdter Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Cüberdter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementssatz wird bei der Lieferung durch die Ausländer monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Telefoner Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenwpaltene Zeitung oder deren Raum 180 Pfg. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 180 Pfg. Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, gebräuchlicher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 66.

Gomachend, den 19. März 1921.

28. Jahrgang.

Um die Sanktionen.

Weitere Besetzungen deutschen Gebiets.

Mülheim (Ruhr), 18. März. Heute morgen gegen 7 Uhr ist der westliche Teil Mülheims mit dem Bahnhof Speldorf von französischen und belgischen Truppen besetzt worden.

Zuerst besetzten schwächere Truppenabteilungen den Bahnhof Oberhausen West.

Gegen die Reparationsbill.

London, 18. März. Wie die Blätter melden, hat die englische Arbeiterpartei beschlossen, in der dritten Lesung der deutschen Reparationsbill die Ablehnung des Bills zu beantragen. Eines wird heute ein Amendment einbringen, in dem es heißt: während das Unterhaus will, daß Deutschland eine gerechte Reparation bezahle, kann es einer Gesetzesgebung nicht zustimmen, die keine annehmbare Politik der Alliierten darstellt, nur England Schaden zufügen und nur die Arbeitslosigkeit erhöhen würde. Das Gesetz ist eingebrochen worden, bevor genügend Anstrengungen, um eine Regelung durch Vereinbarungen zu erzielen, oder ein geeigneter Versuch mit Hilfe des Völkerbundes oder eines anderen unparteiischen Tribunals gemacht worden sind, um festzustellen, wie weit Deutschland in der Lage ist, zu zahlen.

Der französische Gesetzentwurf für die Besteuerung des deutschen Export.

TU. Paris, 19. März. Hieraus geht: Der Entwurf für die Steuererhebung auf die nach Frankreich ausgesetzten deutschen Güter bestimmt, daß Importeure deutscher Waren in Frankreich für die Schätzliste einen noch festzustellenden Teil des Wertes der 50 Prozent nicht übersteigen soll, einzählen müssen. Die Einfassungen erfolgen bei den Zöllen. Als deutsche Waren werden alle die angelehnt, die aus Deutschland kommen oder dort hergestellt sind. Ferner alle teilweise aus Deutschland kommenden oder dort verarbeiteten Waren, an denen weniger als 40 Prozent ausländische Arbeit oder ausländische Grundstoffe beteiligt sind.

Deutschland will sein Londoner Angebot zurückziehen.

TU. Frankfurt a. Main, 19. März. Wie der Berliner Vertreter der „Frisch. Zeit.“ hört, erklären erneut im geistigen Ausdruck die Sachverständigen, daß es für sie undenkbar sei, daß die Reichsregierung durch die in London gemachten Angebote end-

gültig gebunden sei oder gar darüber hinausgehen könnte und ersuchen den Reichsminister Dr. Simons um eine klare Stellungnahme der Reichsregierung in dieser Beziehung. Der Minister gab diesem Ersuchen nach. Eine amtliche Mitteilung wird den Standpunkt der Regierung wiedergeben. Als Ergebnis der Befragungen konnte festgestellt werden, daß die Aussage des Ministers mit denjenigen der Sachverständigen im wesentlichen übereinstimmt. Dieses Resultat wird auch in einer amtlichen Mitteilung über die gemeinsame Befragung zum Ausdruck kommen.

Die Sanktionen und die zweite Internationale.

TU. London, 19. März. Die Führer der zweiten Internationale hielten gestern in London eine Sitzung ab und beschlossen, eine besondere Konferenz der Führer der 2. Internationale mit Vertretern der Industrie und der parlamentarischen Parteien der verschiedenen Länder vom 31. März bis 2. April ds. J. in Amsterdam abzuhalten. Die Sitzung soll die verschiedenen Bestimmungen und Sanktionen besprechen und beraten, auf welcher Grundlage sich die Parteien einigen können.

Die Abwicklung der Kriegsgesellschaften

TU. Berlin, 19. März. Wie das „Berl. Tageblatt“ von gut unterrichteter Seite hört, hat der Reichskanzlerminister eine Verordnung fertiggestellt über die Abwicklung der Kriegsgesellschaften und der Kriegsorganisationen des Reiches. Darin wird die gesetzliche Frist für diese Organisationen auf drei Monate verlängert. Mit dem Ablauf der Frist erlöschen alle Forderungen an die Kriegsgesellschaften, wenn sie nicht schriftlich oder gerichtlich geltend gemacht worden sind. — Die Verordnung verleiht der Reichsregierung ferner die Ermächtigung, Kriegsgesellschaften für aufgelöst und ihr Vermögen als auf das Reich übergegangen zu erklären.

Abreise der österreichischen Delegation aus London.

TU. London, 19. März. Die österreichische Delegation hat gestern früh London verlassen und erklärte bei ihrer Abreise, mit dem Ergebnis ihres Besuches in London zufrieden zu sein. Sie gab der Meinung Ausdruck, daß die Stellung Dr. Mayrs dadurch im Lande gestärkt sei.

Morgen Volksabstimmung in Oberschlesien.

Geteilte Stellungnahme der Kommunisten.

TU. Berlin, 19. März. Der „Volkswacht“ ist eine von mehr als 1000 Kommunisten unterschriebene Erklärung zugegangen, in der gegen die von der Kommunistischen Partei Deutschlands und von der besonderen Kommunistischen Partei für Ober-

schlesien ausgegebenen Parole der Stimmenthaltung bei der oberschlesischen Abstimmung am 20. März Stellung genommen und zur Abstimmung für die Deutsche Republik aufgefordert wird. Die Kommunisten, welche diese Erklärung unterschrieben haben, führen an, daß sie nach der Abstimmung der oberschlesischen Organisation und der Gewerkschaften Fahne nachweisen werden, daß sie von polnischer Seite bestochen worden sind.

Der Fall Kronstadt.

TU. London, 18. März. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß von dem Kronstädter revolutionären Komitee 800 Soldaten aus dem finnischen Grenze angelassen sind und mitgeteilt

sich scheint völlig unerschüttert; sie hat es verstanden, sich ein außerordentlich zuverlässiges Heer und eine am Sowjetregime stark interessierte Beamtenchaft zu schaffen. Aber das alles wird ihr auf die Dauer nicht helfen, ihre Aufgabe ist eine andere, schwierigere. Sie muß Russland wieder eine geordnete Volkswirtschaft schaffen, mit kurzen Worten, sie muß dem Volke Brot und Kleidung geben können. Gelingt ihr das, so wird sie bleiben; gelingt es ihr aber nicht, so werden alle chinesischen Sturmbrigaden ihr nicht helfen.

Wenn die russischen Kommunisten uns auch mit allen Mitteln bekämpfen, so haben sie doch unsere Sympathie, wenn es ihnen gelingt, das russische Proletariat zu befreien und zu ernähren. Und niemand würde es mehr bezweifeln als wir, wenn eines Tages der weiße Schrein durch Russland wehen würde.

Mit den bolschewistischen Methoden können wir uns allerdings niemals einverstanden erklären. Der bekannte Ausspruch Trotskys, die Räterepublik werde bestehen, und wenn an ihr drei Drittel des Volkes zugrunde gehen sollten, so würde das rechte Drittel sie verherrlichen, bezeichnet schärf den Abgrund zwischen Demokratie und Diktatur. Lediglich glauben wir, daß Trotski nur deswegen so spricht, weil er bestimmte Aussicht hat, beim überlebenden Drittel zu sein. Preußische Generale haben manchmal ähnliche Befehle gegeben, ohne Rücksicht auf Menschenleben.

Wie aus Helsingfors berichtet wird, trafen im Laufe des 17. März an der finnischen Grenze hunderte von Flüchtlingen ein, die berichteten, daß die Lage in Kronstadt sich ständig verschlechterte. Und in der Nacht vom 17. zum 18. März traf in Finnland das Revolutionarkomitee von Kronstadt mit etwa 800 anderen Flüchtlingen in Finnland ein; es bestätigte den endgültigen Fall der Festung. Trotz aller anderslautenden Darstellungen steht es fest, daß das ganze Kronstädter Unternehmen gegenrevolutionär war; angeführt von einem zaristischen General und einem bekannten Kriegeroberst. Beide konnten ihr Leben in Sicherheit bringen — wer denkt dabei nicht an Kapp und Lüttwitz?

Ob damit die sowjetische Regierung aller Schwierigkeiten im Innern Herr geworden ist, muß sich noch zeigen. Allem Anschein nach sind die ganzen Russlandbewegungen rein östlicher Natur, hervorgerufen durch die außerordentlich schwierige Lage der russi-

Der Reederei-Absindungs-Vertrag.

Von K. K. K. a. m. n. M. d. R.

Die deutschen Gesellschaften für Übersee- und Binnenschiffahrt mußten in der Kriegszeit ihre Schiffe, soweit sie angefordert wurden, dem Reich zu Kriegszwecken zur Verfügung zu stellen. Da mit dem Verlust eines erheblichen Teils der Schiffe gerechnet werden mußte, wurden den Reedern durch Gesetz vom 7. November 1917 Beihilfen zum Schiffsbau bewilligt. Das Gesetz ist in der Annahme beschlossen worden, daß der Krieg für Deutschland einen günstigen Ausgang habe und daß wesentliche Veränderungen in den Produktionskosten nicht mehr eintreten. Das Gesetz sah deshalb vor, den Friedenspreis als Gestehungskosten zu gewähren und dazu einen Überpreis bis zu 70 Prozent.

Der Kriegsausgang aber zwang das Reich, den größten Teil seiner Handelsflotte an den Feindbund abzuliefern. Nach Ausbruch der Revolution trat eine erhebliche Steigerung der Produktionskosten ein, die bis Ende 1918 mehr als 100 Prozent betrugen. Das Gesetz vom November 1917 war daher nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Werften weigerten sich, auf Grund der alten Verträge den Schiffbau weiter auszuführen und in Rücksicht darauf, daß den Werften nicht angesessen werden konnte die angefangenen Bauten zu den alten Bedingungen weiter zu führen und die Reederei nicht über Mittel verfügen, die Mehrkosten selbst zu übernehmen, bestand die große Gefahr, daß der Schiffbau vollständig zum Erliegen kam und meden für die in Beschäftigung stehenden Werftarbeiter noch für die von der Front Zurückkehrenden Beschäftigungsmöglichkeit bestand.

Da das Reich an dem Wiederaufbau der Handelsflotte und an der Weiterbeschäftigung der an dem Schiffbau beteiligten Arbeiter und Angestellten großes Interesse hatte, mußte im Februar 1919 und Mai 1920 ein neues Abkommen getroffen werden, wonach die Werften die gesamten Mehrgestehungskosten zu Lasten des Reiches verbuchten. Der Vertrag sah allerdings vor, daß die Reedereien nach zehn Jahren mindestens 30 Prozent der Mehrkosten an das Reich zurückzuzahlen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß sich dieses Abkommen schon nach kurzer Zeit als unerträglich für das Reich erweisen mußte, denn nach dem Vertrage konnte es den Reedern und Werftbesitzern fast vollständig gleich sein, wie hoch der Gestehungskosten pro Tonne Schiffsräum zu stehen kam. Daher war es notwendig, den alten geleglichen Zustand durch Abschluß eines neuen Vertrages zu befestigen. Das ist geschehen durch den vom Reichstag verabschiedeten Reederei-Absindungsvertrag vom 14. März 1921.

Danach werden den Reedern insgesamt 12 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, wovon allerdings der Betrag von 7,3 Milliarden bereits bewilligt und bis März 1921 rund 1,8 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt sind. Die Reederei übernehmen dafür die Verpflichtung, in der Zeit bis zum 10. Januar 1930 mindestens 2,5 Millionen Tragfähigkeitstonnen Schiffsräum zu erbauen und sie sind ferner verpflichtet, für den Fall, daß eine Verminderung der Produktionskosten eintritt und der bewilligte Betrag zum Wiederaufbau von mehr als der halben Verlusttonnage ausreichen sollte, von dem juriell Erhaltenen bis zu 2 Milliarden Mark an das Reich zurückzuzahlen. Weiter sind die Reederei verpflichtet, 90 Prozent der ihnen zustehenden Summe für Neubauten und der Weiterbeschäftigung der deutschen Werften zu verwenden. Nur 10 Prozent dürfen für den Ankauf von Schiffen im Auslande verwendet werden.

Die Sozialdemokratie hat dem Vertrage freilich nicht leichten Herzens zugestimmt und sich hemmt, ihn so zu ändern, daß in ihm sowohl die Interessen der Arbeitnehmer der Werften wie die der Steuerzahler besser als ursprünglich vorgesehen, geschützt werden.

Unsere Redner, die Genossen Schumann und Hoch, legten bei den Verhandlungen dar, daß der Industriestaat Deutschland, der jetzt noch mehr als früher große Absatzgebiete gebraucht und gewaltige Warenmengen ausführen muß, eine leistungsfähige Handelsflotte benötigt, bei der ja auch Zehntausende deutscher Seefahrer Arbeit und Lohn finden. Es sei aber auch ganz unmöglich, obwohl zurzeit Überfluss an Handelstonnage in der Welt vorhanden sei, den deutschen Schiffbau einzustellen, die Werften ganz oder zum größten Teil zu schließen und zu den halben Millionen Erwerbslosen noch weitere Hunderttausende hinzuzufügen.

Der Vertrag stellt daher ein Stück produktiver Erwerbslosenfürsorge dar, wie sie ähnlich ja auch beim Wohnungsbau in die Erziehung tritt. Schließlich ist doch zu beachten, daß die Reederei nach dem Gesetz sowohl als auch nach der Verfassung ein Recht auf Entschädigung des in Verlust geratenen Eigentums haben. Das Recht könnte nur bestätigt werden, wenn es mit Zweidrittelmehrheit im Reichstag abgelehnt wird. Das ist jedoch von diesem Reichstage nicht zu erwarten.

Hätte der Reichstag sich nur veranlaßt gefehlt, den Reedern als Entschädigung nur soviel Papiermark zu zahlen, wie sie in Goldmark in den Schiffen angelegt hatten, dann würde es ihnen nicht einfallen, auch nur ein Schiff bauen zu

lassen. Sie würden dann günstigere Zeiten abwarten, um von fremdländischen Reedereien überflüssige Schiffe zu kaufen. Die Folge wäre, daß das Reich Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten die Erwerbslosenunterstützung gewähren müßte.

Das sahen auch zunächst die Unabhängigen ein, denn nachdem ihr erster Redner, Bogtherr, nur Kritik an der Höhe der Summe geübt und sich darüber beschwert hatte, daß die Entschädigungssumme abgabenfrei gewährt würde, sah sich der Unabhängige Olzmann, der als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Verhältnisse im Schiffbau übersicht, veranlaßt, in der Sitzung des Reichstages vom 7. März 1921 zu erklären:

"Dass wir eine Handelsflotte notwendig haben zur Führung der deutschen Wirtschaft, für den Export, für den Handel und Weltverkehr, wird nicht bestritten" . . . "Wenn wir die Vorlage im Haupthausschluß zu verhandeln haben, dann ist vor allen Dingen zu prüfen, ob das, was als Entschädigung in Frage kommt, nicht das Maß des absolut Notwendigen und mit Recht zu beanspruchenden übersteigt" . . . "Wenn hier Millionen gespendet werden sollen, dann verlangen wir, daß in diesem Betrage als Grundbedingungen geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die Anerkennung tariflicher Bestimmungen und die Gewährung eines Existenzminimums mit aufgenommen werden."

Von einer Absicht der Unabhängigen jedoch, den Vertrag durch eigene Anträge zu verbessern, merkte man in den Ausschusshandlungen nichts. Die Unabhängigen stellten keine eigenen Verbesserungsanträge, sondern stimmten den von uns gestellten Anträgen zu.

Freilich nimmt auch d : Unsinn nicht wunder, — nach ihrem Verhalten anderen Gesetzen gegenüber — daß die Unabhängigen bei der zweiten Beratung durch den Abgeordneten Henke erklärten stehen, daß sie gar nicht die Absicht haben, den Vertrag zu ändern, und daß sie ihn grundsätzlich ablehnen.

Selbstverständlich lehnten auch die Vereinigten Kommunisten den Vertrag ab, da sie in den bewilligten Milliarden nichts weiter als ein Geschenk an die Wertbehalter sahen.

Wenn der Vertrag, nachdem die Unabhängigen und Kommunisten die Verabschiedung durch Anzuweisung der Bevölkerungsfähigkeit des Reichstages zu hinterziehen versuchten, trotzdem in kamentlicher Abstimmung mit 237 gegen 58 Stimmen angenommen wurde und die Werften weiter arbeiten können, dann geht es des entgegen der Politik der "grundgesetzten" Revolutionäre. Denn daß eine Sozialisierung der Werften durch die drei Linksparteien heute nicht erreicht werden kann, muß auch den Unabhängigen und Kommunisten klar sein, und klar muß ihnen auch sein, daß sozialisierte Werften den Neuaufbau der Handelsflotte jetzt nur unter noch größeren Aufwendungen durchführen könnten, denn dann müßten ja zugleich Entschädigungen für die Schiffe und für die Enteignung der Werften gezahlt werden.

Unseren Bemühungen gelang es, zu erreichen, daß die nächste Vereinbarung über den Abfindungsvertrag dem Haupthausschluß des Reichstages zur Kenntnisnahme übergeben werden muß und daß diesem das Recht der Ablehnung eingeräumt ist. Außerdem ist es unserm Bemühen gelungen, festzulegen, daß die Bestimmung des Gesetzes vom Jahre 1917, wonach durch Reichsgesetz vorbehalten bleibt, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes wiederhergestellten Schiffen zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind, auf diesen Vertrag ebenfalls Anwendung findet.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung.

Berlin, 18. März.

Abg. Berndt bringt das Einlaufen eines bewaffneten englischen Handelschiffes in Wilhelmshaven zur Sprache. — Von Regierungseite wird erklärt, es schweden Verhandlungen über diese Angelegenheit.

Es folgt die zweite Beratung des

Reichsbahnministeriums.

Abg. Simon (USP.) spricht für Weiterführung der Befreiungssammler. Konfurrenzjahr der Privatkapitalisten sei nur die Triebfeder zu der Säuberung dieser Betriebe.

Abg. Erking (3.): Die in den Beleidungssämlern hergestellten Kleider und Schuhe sind gar nicht los zu werden.

Abg. Dr. Oberholzen (DA) begründet einen Ausschubtag, die Reichsbahnleitung sollte Wilhelmshaven-Ruhringen nicht aufzulösen.

Der Titel "Reichsbahnleiter" wird hierauf bewilligt und der Antrag Giebel (Soz.) auf Fortsetzen der Reichsbahnleiter wird gegen die Stimmen der drei Linksparteien abgelehnt. Das Ergebnis einer Abstimmung über einen Antrag Grafschaft (Deutschland), wonach die Befreiungssammler nur Heeres- und Polizei, aber keine Gemeindeaufträge ausführen sollen, bleibt zweifelhaft. Der Hammelsprung ergibt die Annahme mit 159 gegen 118 Stimmen.

Zum dieser Abstimmung wird der Ausschubtag angenommen, dazu die Ergänzung, daß das Reichsbahnamt Wilhelmshaven bestehen bleibt soll. Der Antrag Giebel (keine Unterstellung unter das Ministerium) wird abgelehnt.

Es folgt die gestern beim Postamt zustandgelegte Abstimmung über die Entschließung Müller-Kranten (Soz.), wonach die Mutterstadt zusammen mit Post- und Telegraphenbeamten kein Entlassungsrecht mehr hat. Die erste Abstimmung bleibt zweifelhaft, weil unter den sozialistischen Parteien aus einer bürgerlichen Abgeordneten für die Entschließung stimmen. Der Hammelsprung ergibt die Abstimmung der Entscheidung mit 137 gegen 133 Stimmen. (Bemerkung.)

Abg. Schäffer (Dem.): Um der Charakter unserer Abstimmung zu kennzeichnen (große Unruhe bei den Soz.), will ich erläutern, daß wir bei nächster Gelegenheit den Antrag wiederholen werden, der heute aus Seidenordnungsgesichtspunkten nicht zur Abstimmung reichte werden konnte und mit dem wir eine grundsätzliche Klärung dieser Frage für alle Beteiligten erreichen wollen. (Große Unruhe.)

Es folgt die zweite Beratung des

Reichsbahnministeriums.

Abg. v. Gallwitz begründet einen Antrag in der Ausführung nicht "Wehrmacht der deutschen Republik" zu legen: des Deutschen Reiches

Abg. Schöpflin (Soz.): Die Begründung des deutlich nationalistischen Antrages, ie wir loben hören, ist wesentlich vorhaltiger gehalten als im Ausschub, wo die Herren Deutschkonservativen befürchten, daß sie man nicht leben und hören, in zwei oder drei Jahren die Monarchie wieder einzuführen. Deshalb haben auch die bürgerlichen demokratischen Parteien bestanden, wie notwendig die Einführung des Ausdrudes "Deutsche Republik" sei. Sofortisch fassen sie im Plenum nicht wieder nach dem ersten Abstimmung der Deutschen Republik aus und zum Nachdruck gebracht werden, daß es nur um eine Republik handelt, und die meiste überwiegende Mehrzahl der Offiziere moniert sich gefestigt ist, soll bestmöglich betont werden, um was es hier für sie bei

einem eventuellen gewaltsamen Umsturz der Verfassung handelt. Die monarchistische Propaganda wird in Zeitschriften, an denen aktive Offiziere mitarbeiten, ganz offen zum Ausdruck gebracht (Redner verliest Absätze aus der Marinazeitschrift "Mitschiff", in der der Kapo-Putsch verherrlicht und der Geist der Freikorps gepriesen wird). Herr Gehler soll doch dafür sorgen, daß aktive Marineoffiziere sich nicht mit Unterschrift ihres vollen Titels an solchen Zeitschriften beteiligen. Der Antrag der Unabhängigen, wonach die Vertrauensleute im Heer nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden sollen, ist uns sehr sympathisch. Ich habe mich aber überzeugen müssen, daß er bei der Bespaltung der Truppenteile technisch unbrauchbar ist. Ich bitte Sie daher, unserem Antrage zuzustimmen, der das geheime Wahlrecht für die Vertrauensleute verlangt. Auch den unabhängigen Antrag, daß die Heereskameraden zu allen Gesetzen und Verordnungen, die die Reichswehr betreffen, Stellung zu nehmen haben, können wir nicht annehmen. Auch gegen die Offizierslichkeit jeder Verhandlung müssen wir uns aussprechen. Das ist bei gewissen internen Angelegenheiten nicht durchführbar. Wir beantragen daher, daß nur der Reichswehrminister das Recht hat, die Geheimhaltung gewisser Angelegenheiten anzuerkennen. Der Reichstag kann ja dann immer noch auf öffentliche Beratung dringen. Wir verlangen natürlich, daß den Mitgliedern der Heereskameraden aus ihrer Stellungnahme keine dienstlichen Nachteile erwachsen.

Reichswehrminister Dr. Gehler: Der Chef der Marine hat allemal, auch solange er inaktiv gewesen ist, an dem Blatt "Mitschiff" mitgearbeitet. Das andere aktive Marinemitglieder, der dieser Zeitschrift mitgearbeitet haben, ist mir erst heute bekannt geworden. Solange das Wehrgebet noch nicht verabschiedet ist, habe ich keine Möglichkeit, mich der politischen Beziehung von Offizieren entgegenzustellen. Die Errichtung der Heeres- und Marinekameraden erfordert mit notwendig, weil die Struktur des Heeres das freie Koalitionrecht und die freie Vertretung der Berufsinteressen nicht zuläßt. Der größte Teil des Volkes hat von den Erfahrungen mit den Soldatenräten ausreichend genug Offiziere und Gehörige zu verständigen, seien ohne Amerika nicht gut denkbar. Das "Neue Wiener Journal" meint, daß, wenn Dr. Mayr in der nächsten Woche war mit Besprechungen, aber tatsächlich mit leeren Händen aus London zurückkomme, der Ausbruch einer Regierungskrise unvermeidlich sei. Bundeskanzler Dr. Mayr wird mit den beiden Ministern, die ihn nach London begleitet haben, sich auf der Rückreise in Paris aufzuhalten und mit Brüssel eine Besprechung haben.

Am nicht unmittelbar zugute kommen, so zeigt die Genehmigung doch, daß der neue amerikanische Finanzminister nicht wie sein Vorgänger der Meinung ist, daß die amerikanische Regierung keine Handelsbeziehungen mit Deutschland unterstützen kann, solange der Kriegszustand noch besteht.

"Morning Post" meldet: Senator Knox erklärte, er werde bei der Wiedereröffnung des amerikanischen Senates seine Entschließung wieder einbringen, die die Herstellung des Friedens mit Deutschland fordert. Er tut dies aber nur für seine eigene Person und weiß nicht, wie der Senat diese Entschließung aufnehmen werde.

Nur leere Versprechungen für Österreich.

II. Wien, 18. März. Die aus London hier vorliegenden Nachrichten über den Rettungsplan der Entente lauten widerstreitend. Während das "Wiener Tageblatt" eine Unterredung des Korrespondenten mit Dr. Mayr mitteilte, wonach Dr. Mayr über das Ergebnis der Verhandlungen sehr zufrieden ist, ist das "Neue Wiener Journal" außerst pessimistisch und erklärt, die Entscheidung sei wiederum hinausgeschoben. Die Anwendung des Termeulen-Systems, wonach Gutscheine in der Höhe von 250 Millionen Dollar ausgegeben werden sollen, möglicherweise Österreich seine Zölle und Eisenbahnen zu verständigen habe, seien ohne Amerika nicht gut denkbar. Das "Neue Wiener Journal" meint, daß, wenn Dr. Mayr in der nächsten Woche war mit Besprechungen, aber tatsächlich mit leeren Händen aus London zurückkomme, der Ausbruch einer Regierungskrise unvermeidlich sei. Bundeskanzler Dr. Mayr wird mit den beiden Ministern, die ihn nach London begleitet haben, sich auf der Rückreise in Paris aufzuhalten und mit Brüssel eine Besprechung haben.

Der Rücktritt Bonar Laws ein schwerer Schlag für Lloyd George.

II. London, 18. März. Der unerwartete Rücktritt Bonar Laws als Minister, Vertreter der Regierung im Unterhaus und zugleich als Führer der konservativen Partei hat gestern eine gewaltige politische Sensation hervorgerufen. Zwar ist Bonar Law lediglich nur aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. Sein dreifacher Rücktritt aber ist ein ungeheure Schlag für Lloyd George, für die Regierung und für die konservative Partei. Er wird schwer zu erleben sein. Das Unterhaus war auf das bisherige überzeugt, daß Lloyd George während der Fragestellungen den Rücktritt mitteilte. Der Ministerpräsident gab den ihm von Bonar Law geschriebenen Brief zur Kenntnis. Als er die Verlesung beendet hatte, wurde er von seinem Empfunden übermannt, daß ihm die Tränen über die Wangen ließen und er nicht fähig war, weiter zu sprechen. Einige Mitglieder des Hauses eilten zur Unterstützung herbei und Lloyd George konnte darauf seine Rede fortführen. Das ganze Haus, einschließlich der Opposition mit Clynes als Vertreter der Labour Party brachte sein heraldisches Mittempeln mit den Ministerpräsidenten zum Ausdruck. Eine große und schwere Frage ergibt sich jetzt für Lloyd George: Wie einem Stellvertreter finden, denn sein anderer Minister ist im Unterhaus so gut angeschrieben und letzter verfügt über so großes Talente wie Bonar Law. Der Minister Sir Walter Long kommt Bonar Law am nächsten, doch läßt sein hohes Alter für den schwierigen Posten eines Stellvertreters der Regierung im Unterhaus ihn nicht für geeignet erscheinen. Sehr wahrscheinlich wird die Wahl auf Houston Chamberlain fallen. Bonar Law wird sich nordöstlich sofort nach dem Kontinent begeben.

Die Pläne der 2. Internationale.

II. London, 18. März. In einer Unterredung mit dem Londoner Vertreter der "Volks-Gazette" teilte dieser mit, daß der Vollzugsrat der 2. Internationale, der jetzt in London zusammentrefft, an erster Stelle folgende drei Punkte behandeln wird: 1. Ausführung der Beschlüsse des Kongresses von Genf und vor allem für die Wiederherstellung der Einheit des Proletariats. 2. Die politische Lage in Georgien seit dem Einfall der Bolschewisten. 3. Die Londoner Konferenz, wobei an erster Stelle untersucht werden wird, ob es möglich ist, durch Eingreifen der Arbeiter die Beschlüsse der Londoner Konferenz in eine andere Richtung zu drängen.

Zu den Landwirtschaftskammer-Wahlen

II. Berlin, 18. März. Der preußische Landwirtschaftsminister hat verkündet, daß entsprechend der Wahlordnung zum preußischen Landtag, die bei der Bearbeitung der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammern noch nicht vorliegt, eine besondere Veröffentlichung der Abgrenzung der Stimmbezirke, der Ernennung des Wahlvorsteigers und seines Stellvertreters, der Bestimmung des Wahlraumes, sowie Tag und Stunde der Wahl durch amtliche Blätter unterbleiben kann. Die offizielle Bekanntgabe wird als ausreichend angesehen. Die Bekanntmachung soll spätestens am fünften Tage vor dem Wahltag (20. März) erfolgen. Im Falle der Juliklausur eines Wahlvorschlags sollen die vorgeschlagenen Bewerber ohne besondere Wahl als gewählt gelten.

Kleine politische Nachrichten.

Am Freitag wurden die noch vorhandenen Nummern des "Roten Fahne", in der ein Artikel mit der Überschrift "Eine klare Antwort" enthalten war, beschlagnahmt. Der Betrieb wurde von der Kriminalpolizei befehlt, um die Herausgabe der Kopieblätter zu verhindern.

An die Oberschlesier erließ Reichspräsident Ebert in letzter Stunde noch einen Auftrag, in dem u. a. auf die nationale Pflicht der Abstimmenden hingewiesen, die Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit Deutschland betont und dem oberdeutschen Volke bestmöglich Unterstützung bei der Gestaltung seiner Zukunft versprochen wird.

Der "Star" meldet, daß offizielle Verhandlungen zwischen England und Irland im Gange sind, um einen Waffenstillstand abzuschließen.

Die "Times" meldet aus Riga, daß dort eine Matrosendelegation eingetroffen ist. Diese Delegation wird sich nach Deutschland, Frankreich und England begeben, um unter den Arbeitern dieser Länder Stimmung gegen Räte zu land und für die gegenrevolutionäre Bewegung zu machen.

Die Heereskommission der französischen Kammer hat für den Jahrgang 1922 die 18-monatige Dienstzeit eingetragen.

Die Arbeitslosigkeit in Groß-Britannien betrug am 12. März 1915 200 Mann, was eine Zunahme von rund 60 000 gegen die Vorwoche bedeutet.

25 000 Personen mit dem 89. amerikanischen Regiment demonstrierten anlässlich des Tages des Heiligen Patrik in New York gegen Irland.

In Boma (Belgisch-Kongo) ist unter den Eingeborenen ein Aufstand ausgebrochen. Fünf Tausend sollen in Brand gestanden haben.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen

II. London, 18. März. Die "Times" meldet aus New York: Die War Financial Corporation bewilligte zwei amerikanischen Banken Vorschüsse für die Finanzierung des Ausfuhr von 1920. Beide Banken wollen nach Deutschland und der Südeuropäischen Union gehen.

Das Befehl des Reiseausschusses des Reichstages soll der Reichstag am Dienstag in die Karten gehen. Die Österreicher sollen im Februar 1921 nach Deutschland gehen und diese Vorschüsse Deutsch-

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 19. März.

Ins Leben hinaus!

Nun hat das offizielle Schuljahr sein Ende erreicht. Eine ganze Anzahl Kinder sind aus der Schule entlassen. Von der Schule ins Leben hinaus gehen nun die von sorgenden Eltern treu behüteten Kinder, zum Teil sehr auf sich selbst gestellt. Wie viele Hoffnungen der jungen Menschenkinder werden sich erfüllen? Junge Menschenknospen wollen sich entfalten zum schaffenden Leben. Was bisher an Kräften zum Teil im Menschen noch schlummerte, soll erwachen, soll sich begeistern zum Werken der Gemeinschaft und zum eigenen Wohl. Unbewußt sind die Kinder als Glied einer kleinen Gemeinschaft gewachsen; nun sollen sie eintragen in die höhere, in der aller Erfolg nur durch gemeinsame Arbeit der Gemeinschaft entspringt, ein Erfolg, der um so größer ist, je treuer sich jedes einzelne Glied dieser Arbeitsgemeinschaft einfügt. Eine höchst bedeutungsvolle Lebenswendung vollzieht sich für die Jugendlichen. Sie müssen sich klar werden, daß ein wichtiger Abschnitt ihres Lebens seinen Abschluß gefunden, daß eine neue Lebensperiode für sie anbricht. Hoffnungsfreudig und doch mit dem Gefühl der Verantwortlichkeit müssen sie ihren Weg suchen.

Vor den jungen Leuten liegt jetzt das Leben und, wie diese hoffen, auch die Freiheit. Nun, nachdem die Schulbücher in die Erde gelegt sind, beginnt ein neuer Lebensabschnitt. Himmelsstürmende Hoffnungen erfüllen die Brust. Hoffentlich werden sie nicht allzuviel enttäuscht. Die Jugend braucht Frohsinn und Heiterkeit. Um so mehr, da die harde Schule des Lebens schon so viele während des Krieges kennen gelernt haben. Körper und Geist sitzen unsagbar, und wohl alle hoffen, daß sie nun im wirtschaftlichen Leben vorwärts kommen werden. Glück auf auserster Arbeit! Und versagen einmal die jungen Kräfte, dann sollen die älteren ihnen einen guten Halt bieten. So muss es sein, wenn die Zukunft uns gehören soll!

Der Lübecker Markt, seine Anlage, Bedeutung und wirtschaftliche Entwicklung.

In der letzten Versammlung des Vereins für lübeckische Geschichte und Altertumskunde am Mittwoch, dem 16. d. Mts. hielt Herr Professor Dr. Mörlig aus Leipzig einen Vortrag über "den Lübecker Markt, seine Anlage und seine wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung", der geeignet ist, auch in weiteren Kreisen Interesse zu erwecken. Auf Grund seiner eingehenden Forschungen im hiesigen Staatsarchiv konnte er von der Gründung Lübecks und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ersten Jahrhunderten dieses Ausstieges ein Bild entwerfen, das sehr wesentlich von dem abweicht, was man sich bisher gemacht hatte.

Die wissenschaftliche Grundlage des Vortrages bildete die Bearbeitung mehrerer tausender Eintragungen des 1284 beginnenden ältesten Lübecker Grundbuchs, im Zusammenhang mit topographischen Vorarbeiten im Staatsarchiv und den Aktenbüchern der alten Rämmerei eine in allen Einzelheiten zuverlässige Rekonstruktion des Marktes um das Jahr 1300 ermöglichen. Ein ausgestellter Plan des Marktes um diese Zeit erbrachte den praktischen Nachweis einer solchen Rekonstruktionsmöglichkeit und damit zugleich überraschende Einblicke in die wirtschaftliche Struktur Lübecks in der Zeit seiner kraftvollen Entwicklung. Nicht nur, daß nunmehr die Verteilung der einzelnen Gewerbe auf dem Markt, d. h. dem Platz, an dem allein sich das tägliche geschäftige Leben abspielt, endgültig gesichert ist, daß auch die Frage nach der Lage des ältesten Rathauses ihre Beantwortung findet; — sondern darüber hinaus ermöglicht die Kenntnis der Eigentumsverhältnisse an den Marktgebäuden unmittelbar Rückschluß auf die Vorgänge bei der Gründung der Stadt. Gerade in dem großen Komplex von Marktbuden auf dem Gelände, das heute im wesentlichen von dem Postgebäude eingenommen wird, sind noch um das Jahr 1300 zahlreiche Gruppen zusammenhängender Marktbuden ein Eigentum von Familien, die bereits im dreizehnten Jahrhundert längst im Rate saßen, und aus diesem Bubenstock hohe Mietterträge von den auf ihre Benutzung angewiesenen Handwerkern und Kaufmännern bezogen. Durch Vergleich mit den Verhältnissen anderer Städte erbrachte der Redner den Nachweis, daß wir in den Vorhaben jener Familien aus dem 12. Jahrhundert das Unternehmertum zu suchen haben, das sich, vermutlich genau eine Gedankenwelt, das Recht der Anlage der neuen Stadt von Heinrich dem Löwen übertragen ließ und sich dann schon um 1200 am Rat der Stadt entwickelt hatte. Die einzelnen zu Wohnstätten bestimmten Grundstücke in den Straßen der Stadt überließen diese Unternehmer aus den einzelnen ihnen zur Parzellenzung angewiesenen Blöcken gegen billigen Zins an die Kaufleute; die Marktgebäuden dagegen hielten sie fest in den Händen und sicherten sich durch furchtbare Mieten den steigenden Ertrag dieser Grundrente. Nicht anders machte es auch die Stadt mit den von ihr angelegten Marktbuden.

In der Zeit um 1300 ist allerdings dieser alte Zustand bereits in Verfall begriffen: Die Nachfahren der alten Gründungsunternehmer benötigten teils für ihre Lebensführung, teils für ihre kaufmännischen Geschäfte Kredit und beschrieben dies Kreditbedürfnis durch Befestigung, Verpfändung und schließlich Veräußerung ihres wertvollsten Besitzes, und das waren die Marktbudenkomplexe. Auf diese Weise wurde es möglich, daß die zum Teil sehr wohlbabenden Handwerker die von ihnen bisher nur mietweise benutzten Marktbuden erwarben, ja gelegentlich selbst mit Budenrechten spekulierten, und dann auch mehrere Buden zusammenkaufen, um nunmehr Häuser auf dem Markt zu errichten, in denen ihr Arbeitsraum und ihre Wohnung zusammenfielen. Damit war die alte Struktur des Marktes durchbrochen, es begann ein Abhandern der Handwerker vom Markt, indem die wenige freien Platz mehr sonden, den Arbeitsraum mit ihren in den Straßen gelegenen Wohnungen vereinigten. Nur diejenigen Gewerbe, deren Werkstätten allein in Eigentum der Stadt standen, waren noch länger an den Markt zu fesseln — so z. B. die Bäder, Fleischer und Goldschmiede. Mit dem Hinweis auf die Rottwendigkeit, die wirtschaftlichen Verhältnisse Lübecks in voller Unbeschreiblichkeit von wirtschaftsgeschichtlichen Theorien zu betrachten, die von den ganz anders gearteten Verhältnissen der Städte des alten deutschen Kulturgebiets ausgehen, schloß der Redner seine Aussführungen, die in ihrer Fülle des Neuen, das sie brachten, ihren Eindruck nicht verschafften. Ihre Veröffentlichung, die er erwartet ist, wird anregend und fruchtbbringend auf die weitere Erforschung gerade des ältesten Zeit Lübecks und anderer Städte im Kolonialgebiete des deutschen Ostens wirken.

London und die Sozialdemokratie.

Über dieses Thema spricht am Montag abend 7½ Uhr in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Gewerkschaftshaus unser Parteifreund, Ministerpräsident Genossen Stelling, Schwerin. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Eintritt nur gegen Vorführung des Mitgliedsbuches.

Wir machen weiter darauf aufmerksam, daß im Parteisekretariat zum Selbstabnahmepreis die Broschüren "Wilhelm als Diplomat" und "Der Fall von Kerckhoff" zu haben sind. Erstere kostet 30 Pf., letztere 50 Pf. Die Broschüren liegen auch in der Verkaufsstube aus.

Achtung, Metallarbeiter! Am Montag, dem 21. März, abends 7 Uhr, findet in den "Kontakthalten" eine außerordentlich wichtige Versammlung aller auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei liegenden Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Ortsgruppe Lübeck) statt. In dieser Versammlung

wird zu sehr wichtigen Vorgängen innerhalb unseres Verbandes Stellung genommen, sodass das Ergebnis aller Kollegen und Kolleginnen, die auf dem Boden der S. D. D. stehen, notwendig ist. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß Zutritt zu dieser Versammlung nur derjenige hat, der sein Verbandsbuch und das Mitgliedsbuch der sozialdemokratischen Partei vorzeigt. Der Präsidentenposten.

Achtung, Betriebsräte und Vertreterinnen! Die für die Erwerbslosen herausgegebenen Sammelblätter müssen bis zum Dienstag, dem 22. d. Mts., abends 7 Uhr spätestens, im Gewerkschaftssekretariat mit dem gelieferten Geld abgeliefert sein, damit eine Verteilung des Geldes bis zu Ostern nicht mehr möglich ist. Das Gewerkschaftssekretariat.

Erneuerung des Elektrizitätswerkes. Die Betriebsbehörde beantragt, ihr zur Erneuerung der betrieblichen Einrichtungen des Elektrizitätswerkes für die Beschaffung und Aufstellung eines Gaslatzumformers 1 210 000 Mtl. und für die Umschaltung des 2 × 110 Volt Kabelnetzes der inneren Stadt auf eine Gebräuchsspannung von 2 × 220 Volt 500 000 Mtl. zu bewilligen. Die Finanzbehörde hat empfohlen, dem Antrage stattzugeben. Der Senat ist hierzu bereit und stellt daher zur Mitverfügung der Bürgerschaft: 1. daß der Betriebsbehörde zur Erneuerung der betrieblichen Einrichtungen des Elektrizitätswerkes die nach dem Kostenantrag des Oberbaudirektors vom 15. Februar 1921 erforderlichen Kosten, nämlich für die Beschaffung und Aufstellung eines Gaslatzumformers 1 210 000 Mtl. und für die Umschaltung des 2 × 110 Volt Kabelnetzes der inneren Stadt auf eine Gebräuchsspannung von 2 × 220 Volt 500 000 Mtl. sowohl erforderlich und Rechnungsablage vorzuhalten, zur Verfügung gestellt werden, und das der Gesamtbetrag von 1 710 000 Mtl. auf Anteilmittel angewendet werde; 2. daß die Kosten, die durch die in Folge der Umschaltung des Kabelnetzes der inneren Stadt auf eine Gebräuchsspannung von 2 × 220 Volt notwendig werden, Umarbeitungen an den elektrischen Privatleitungsanlagen entstehen, von den Stromabnehmern getragen werden.

Die Abstimmungsfahrt nach Oberholstein ist nach einem Telegramm des Genossen Gehr glänzend verlaufen und die Stimmung auszeichnet, sodass für uns im Abstimmungskampfe das Beste zu hoffen ist.

Ein folgeschwerer Straßenbahnaufstand ereignete sich am Donnerstag abend auf dem Lindenplatz. Eine 44jährige Witwe wollte mit mehreren Baketen umsteigen. Sie stieg von dem in langsamem Rhythmus befindlichen Wagen, ohne sich an der Stange festzuhalten, herab, kam zu Fall, wobei ihr vom Anhängerwagen ein Stein unterhalb des Kniegelenks ab gefahren wurde. Die Bedauernswerte wurde mit einem Sanitätsauto nach dem Krankenhaus gebracht.

Städtische Milchküche. Mit dem zunehmenden Kundenkreis der städtischen Milchküche macht sich leider auch ein Faktor im Betriebe in steigendem Maße unliebsam bemerkbar: der Glaschenbruch. Täglich geht eine bestimmte Anzahl von Gläsern in Verlust, ohne dass es gelingt, das Glas zu bekommen. Um welche Summen es sich bei den heutigen hohen Preisen für gute Gläser handelt, mag daraus erschlossen werden, daß im Zoumar der Verlust an Gläsern weit über 1000 Mtl. betrug. Die Leitung der Milchküche sieht sich daher genötigt, bis auf weiteres den Lagespreis von Mtl. 2,50 auf Mtl. 2,80 zu erhöhen.

Die Militärentenempfänger werden darauf hingewiesen, daß mit Ende dieses Monats das Rechnungsjahr endet. Es dürfte im Interesse der Empfänger liegen, doch nicht abgehobene Verträge in das neue Rechnungsjahr nicht hinüber genommen werden, umal die Zahlstellen verstreichen sind den Rentenabrechnungsbehörden Stammkartenauszüge von denjenigen Personen einzureichen, die ihre Verträge nicht abgehoben haben. Für März erfolgt keine Zahlung bevor die Empfänger nicht die beglaubigte Lebensbelohnung begebracht haben. Eine recht baldige Abhebung der Rente ist somit empfehlenswert.

Der Chorverein Lübeck veranstaltet am Mittwoch, dem 22. d. Mts., im Gewerkschaftshaus das zweite Konzert. Eine große Zahl von Besuchern war wegen Überfüllung des Saales die Möglichkeit genommen, das erste Konzert zu besuchen. Daher wird, vielen Wünschen Rechnung tragend, das beispielhaft aufgenommene Programm unumhintergehend wiederholung gelangen. Das reichhaltige Programm hat noch eine Erweiterung in der Weise erfahren, daß Fräulein Friedhofsi, die beliebte Sängerin vom kleinen Stadttheater, eine der schönen Kompositionen zum Vortrag bringen wird. Der Männer- sowie der Frauenchor hat die Zeit dazu benutzt, sich in das schwierige Programm zu vertiefen, um es bei der Wiederholung flüssiger zu bringen. Den Höhepunkt des Konzertes wird die Aufführung Gläubigers Musikwerkes "Die Heilanstalten" d. h. die Hunderthändlungen, auch an diesem Abend bilden. Herr Immenndoerff vom Stadttheater wird das Bariton solo singen und das Orchester in derselben Befreiung und Siede die Chöre begleiten. Deshalb kann der Besuch auch das zweite Konzert seines künstlerischen Wertes wegen nur empfohlen werden. Weil die Nachfrage nach Eintrittskarten sehr groß ist, bietet noch der Vorverkauf die Gewähr, einen Platz zu erhalten. Eine nochmalige Wiederholung dieses Programms wird nicht stattfinden.

Die Lübecker Spielergemeinde veranstaltete am Donnerstag eine Sondervorstellung. Es gab als Einleitung zwei poetisch-volle Silhouettenfilme: "Amor und das standhafte Liebespaar" und "Das Ornament des verliebten Herzens". Beide Filme werden Freude und Hinterhalt aus. Weiter wurden Plakaten in der Bewegung gezeigt, die viel Interesse erweckten. Als Hauptangelpunkt war der expressionistische Film: "Das Kabineett des Dr. Caligari" angekündigt, zu dem Herr Garteninspektor Wack neben sonstigen Erläuterungen über das Kino einige Ausführungen möchte. Das Kabineett des Dr. Caligari ist ein phantastisches Werk. In dem versucht wird, die Visionen eines Geisteskranken bildlich wiederzugeben. Herr Wack hat wohl die wirken Vorgänge auf dem Bild dadurch am besten erklärt: Die finstige Umgebung und bedrückende Hingabe an sie wird mit dem Augenblick ausgelöscht, wo eine gewaltsame Seelenerschütterung einsetzt. Alles Schöne verschwindet und zurück bleibt nur die erschütternde, den Geist verfolgende Tat. So sollt sich auch der Caligarifilm an, an dessen phantastische, permittende Bilder uns der Irrenanstalt, bzw. den Wahlvorstellungen Geisteskranken sich das Auge erst gewöhnen muss. Ein tragisches Geschehen wird hier vor Augen geführt, in Lubekinische von unerhörten Seelenvorgängen wird der klare Menschengeist von Kläusehand getötet. Von allem Außenstehenden abgewendet, wird der Suizid allein gefesselt von dem größten Menschenleid und seiner Umgebung. Es ist nicht zu leugnen: am Ende des Dramas nimmt auch der Unbefangene eine gewisse Zertuschung mit auf den Weg. Aber wir begrüßen es dennoch, daß die Spielergemeinde ihre Freunde mit diesem Film vertraut gemacht hat. Er bietet von dem Alltäglichen, Gewohnten ganz Überrückendes, mit dessen Sonderheit man sich allerdings erst vertraut machen muss.

Handel mit Schmuggelware. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, wird in letzter Zeit mit geschmuggeltem Branntwein ein blühender Handel getrieben. Küstner und Küstner sehen sich durch den Vertrieb dieser Schmuggelware der Gefahr einer empfindlichen Belästigung aus. Neben dem Verlust der Ware, die dem Reiche verfällt, kann auf hohe Geldstrafe entlastet werden. Es ist bei bestehenden Behörde immer nicht unbestimmt, daß Bezugnahme auf das Monopol des Branntweins ohne Mitwirkung des Monopolzolles in den freien Verkehr bringt, ebenso wird Branntwein durch unerlaubte Mittel entzogen, um ihn auf diese Weise wieder zum menschlichen Genuss geeignet zu machen. Das Reichsmonopolzoll für Branntwein hat höchstwahrscheinlich das größte Interesse daran, dielem unlaufenen Gewerbe ein Ende zu machen. Es hat bestellt, für die Aufdeckung von Vergehen gegen das Branntwein-Monopolzoll hohe Belohnungen ausgeschetzt. Einige Angaben und Mitteilungen können auch an das stärkste Haftgeldamt gerichtet werden.

Ein neues Kino ist wieder in den Raum erschienen. In der Königstraße 25 erstanden. Am Freitag mittag öffneten sich für die Presse und einige geladene Gäste die Türen zu diesem Lichtspieltheater, dessen Inneres durch schlichte Ausmachung einer wohltigen Eindruck macht. Ein Konzertsaal und ein Saal über das Bild auf der nebenden, lebenden Leinwand geben den Lustspielbühnen am Dreieck. "Vorläufiger Bericht" betitelt sich der erste Film, von dem wir drei Akte mitlesen. Es ist ein Abenteuerroman mit all seinen bunten Phantasien, der sich stolt, ohne allzuviel oder lange Texterläuterungen abrollt und neben prächtiger Natur- und Reitersegen interessante Einblicke in die Heilkunstlichkeit südamerikanischer Kleinrepubliken geben soll. Die immer fehlende Liebe spielt natürlich eine Hauptrolle mit. Die Bilder zeichnen sich durch Klarheit aus.

Angrenzende Gebiete.

Schönböden. Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Mittwoch im Restaurant „Zum Landhaus“ statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorstandswahl, 2. Maifest, 3. Verschiebung. Die Wahl brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorstand: Genosse Friedrich Gazow, 2. Vorstand: Genosse Michael Bindl, Schriftführer: Genosse Gustav Meier, Kassierer: Genosse Rudolf Lankau, Revisor: Genosse Carl Gehlsbrecht und Genosse Fritz Mai. Alle Genossen wurden einstimmig gewählt. Der neue Vorstand wird am 1. April 1921 die Geschäftsführung einstimmig übernehmen. Ein frecher Einbruch wurde beobachtet, auch in diesem Jahre die Maifeste in Schönböden abzuhalten. Es findet ein Festzug mit anschließender Festrede statt, woran sich auch der Arbeiter-Radsahrer-Bund „Solidarität“, Ortsgruppe Schönböden und Umgegend, sowie der Landarbeiter-Verein beteiligen. Der Festzug ist 3 Uhr nachmittags, von 6 bis 7 Uhr wird den Kindern eine Freude bereitet und nach 7 Uhr nimmt der Ball für Erwachsene seinen Anfang. Gen. Künkel erfuhr die anwesenden Genossen und Genossinnen, rechtzeitig für die Maifest zu agitieren. Im Punkt Verschiedenes wurden die Genossen darauf aufmerksam gemacht, sich für die kommenden Bürgerschaftswahlen die lübische Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Schönberg. Es geschieht, zwei auswärtige Knechte, die bei dem Erdbeben in Tönder im Dienste standen, rückten nachts mit zwei Waffen ihres Dienstherrn aus. Ein hinterlassener Brief riefen sie vor einer Verfolgung ab, sie würden sonst durch Brandstiftung sich rächen. Diese Drohung half aber nichts. Tönnchen Mölln und Nageburg wurden die Diebe erfaßt und dem Gefängnis zugeführt. — Ein frecher Einbruch wurde beobachtet in der Kochmacher-Werkstatt ausführlich ausgeschildert. Nachdem die Diebe sich durch ein Fenster Eingang in das Haus verschafft hatten, verschlossen sie alle Türen der Ställe und drangen nach dem Aussägen eines Türringes in den Butterkeller. Zwischen waren von dem Geräusch die Wölker geschrillt, die oben schließen, munter geworden. Da die Gehilfen wegen der verschlossenen Türen nicht in den Butterkeller kommen konnten, gaben sie einige Schlüsse ab. Die Diebe entflohen nun, nahmen aber 70 Pfund Butter und sämliche Schlüsse mit.

Hamburg. Beendet der Streik. Der Streik der Metallarbeiter in den Landbetrieben der Eisenindustrie Groß-Hamburgs wurde für beendet erklärt. Die Arbeit wurde am Freitag wieder aufgenommen.

Hamburg. Zur Senatswahl. Der nach Artikel 85 der Verfassung eingesetzte Bürgerliche Ausschuss zur Vorbereitung der Senatswahl hat am Dienstag getagt und ist zu dem Beschluss gelangt, der Bürgerlichkeit vorschlagen, die Neuwahl des Senats am Mittwoch, 28. März, vor der Beratung des Staatshaushalts statuieren zu lassen. Es wird ein Wahlausflug gestillt, dem die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion ihre Zustimmung gegeben haben, während sich die Vertreter der übrigen Fraktionen teilweise der Abstimmung enthielten, teilweise dagegen stimmten. Auf diesen Wahlausflug werden zur Wiederwahl vorgeschlagen, von der Sozialdemokratischen Partei die Senatorn Stolten, Krause, Schumann, Hense, Stubbe, Guentwaldt, Hoffmann und Hegemann, von der demokratischen Partei zur Neuwahl der Kaufmann Carl Cohn und Oberlandesgerichtsrat Dr. Matthes, zur Wiederwahl die Senatorn Dr. Petersen, Dr. Möller und Dr. Stümann, von beiden Parteien gemeinsam Bürgermeister Dr. Dietzel, Senator Dr. Schramm und Senator Strand. — Die Zahl der Senatsmitglieder verringert sich von 18 auf 14. Von den Sozialdemokraten scheidet Genosse Weinheber aus.

Neueste Nachrichten.

Die Besteuerung der deutschen Importwaren angenommen. III. Partie, 19. März. Die Kammer hat das Gesetz über die Besteuerung der deutschen Importwaren mit 58 Prozent mit 421 gegen 66 Stimmen angenommen und die von den Alliierten gegen Deutschland angewandten Maßnahmen gegeben.

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)

Der diesjährige März bemerkte bisher — worauf wir bereits Ende Februar hinwiesen — einen trockenen, sonnigen Charakter. Nach unseren Erinnerungen dürfte darin eine — wenn auch nur vorübergehende — Abänderung eintreten, und zwar erwartet wir diese zu Beginn des nächsten Monats (20. bis 24. März einschl.). Veranlassung zu diesem Witterungsumschlag gibt eine kräftige atlantische Störung, die bereits während der laufenden Woche über dem Ozean im SW. und W. der britischen Inseln lag und vereinzelt Ausläufer nach N.-Europa entband, in ihrem Hauptteil aber ziemlich stationär blieb. Unser Bezirk wie der größte Teil Deutschlands wurde seit längerer Zeit von hohem Druck beeindruckt, dessen Kern, 778 mm übersteigend, über N.-Deutschland und W.-Nordland lag. Dieses Witterungsbild erschien nun, wie bereits oben angedeutet, um den 20. März eine Aenderung und zwar für unsere Gegend (M. N. und Mittl.-Deutschland) im ungünstigen Sinne. In der ersten Wochenhälfte werden daher trübe Tage mit stärkeren Winden und verdrehten Niederschlägen vorherrschen. Auch die ersten Frühlingsgewitter dürfen um den 21. und 22. März eintreten. Nach dem 23. erwarten wir wieder aufklarendes, meist trockenes Wetter. — Im einzelnen lautet unsere Vorherfrage: 20. März: Mild im W. und N. stark wolbig, im übrigen zeitweise sonnig, stark aufziehende südl. Winde. Besonders Regenfälle, besonders im Küstengebiet und Schleswig-Holstein. 21. März: Vorwiegend trüb, klarer, wechselnd stark, teilweise südl. südl. Winde, verbreitete Regenfälle im ganzen Bezirk. Stärkeweise Gewitter. 22. März: Wenig Temperatur, 23. März: Zunächst sonnig, später trüb beginnend, veränderlich, starke, böige SW. bis NW. Winde. Temperatur sinkend. Starke Regen- und Graupelstürme. 24. März: Kälter, veränderlich, vorübergehend heiter, böige NW. Winde. Im N. und O. vereinzelt kurze Regen- und Graupelstürme. Im übrigen meist trocken. Stellweise Niederschläge. 25. März: Trocken, leichter Sonnenchein. 26. März: Bei erhöhter Tagessonne hoher Luftdruck der beständigen Witterung.

Berantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Dr. J. Leber. Für die Rubrik „Freistaat Lübeck“: August Schulz. Für „Inserate“: Heinrich Stenberg. Sieger, Deine Sieger, Dr. Friedr. Mensch.

Deutscher
Transportarbeiter-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Berfammlung

der
Kohlenakkordarbeiter
am Montag, dem 21. März
abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Zagesordnung:
1. Wahl des Betriebs-
rates.
2. Innere Verbandsange-
legenheiten.

Berfammlung

der bei den
Holzpeddern
beschäftigt. Arbeiter
am Montag, dem 21. März
abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Zagesordnung:
1. Wahl des Betriebs-
rates.
2. Innere Verbandsange-
legenheiten.

Berfammlung

der Hausdiener und
Reinigungsfrauen
am Montag, dem 21. März
abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Zagesordnung:
Bericht der
Lohnkommission.
(15184) Die Ortsverwaltung.

15173

Zentralhallen

(15191) Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen.

Infolge Verbots von Tanzluzzbarkeiten findet
der für Sonnabend, den 26. März, angesetzte
Ball der Rangier- und Rostenarbeiter der
C. B. C. am Sonnabend, dem 9. April, in
der „Flora“ statt. Verkaufte Karten haben
Gültigkeit.

15173

Färbe zu Hause

Kleider, Blusen, Tücher,
Bänder, Strümpfe, Garne,
Gardinen, Spitzen u.s.w.

nur mit

Heitmann's Farben

Best-
bewährte



Größte
Auswahl

Andere Farben zurückweisen
Alleinige Fabrikanten:
Gebr. Heitmann, Köln & Riga

(15140)

Bei Lieferung von

Grabdenkmälern,

sowie

Erneuerungen von alten Schriften

empfiehlt sich

Der Verband d. Steinmetzze schafft Lübecks:
Benthien, L. Friedhof-Allee 24.
Brück & Stührer, Johannisstr. 15, Stoffmarkt 5.
Bruun, Ludwig, Holzendamm b. Burgtor.
Johannissen & Meyer, Frieda-Allee 61 n. 76.
Lange, Ernst, Friedeborster Allee 21.
Gebr. Normann, Friedhof-Allee 30.
Reichglaas Nachf., Friedeborster Allee 34.
Rothland, Holzendamm b. Burgtor.
Gebr. Zschew, Krempelsdorfer Allee 38.
Reder, Herm., Möhle in Lauenburg.
Lehmkuhl, F., Bad Oldesloe.

15180

Programm: Reiter, Schlaf, Wein & Spaziergang
Einfache Reise, Kaffee, Wein & Spaziergang
Heimspiel & Unterhaltungen, Socialia, Lieder, Gedichte

und Arbeit. Billige Preise. Prompte Lieferung.

Möbelhaus de Buhr
Lübeck, Fleckstraße 21. (15158) Telefon 271. 222

Rauhino Tabak

einstmal versucht
immer verlangt.

Für kurze Pfeife

Schäg, roter Streifen 100 gr Nr. 5.— Schäg, lila Streifen 100 gr Nr. 5.50
„ grüner „ 100 „ 6.— „ schwarz „ 50 „ 4.—

Zu haben bei:

(15128)

Sandstr. 27. H. DREFALT, Lübeck. Breite Str. 28.

Haupt-Vertretung
für den Großhandel: Leo Hirschberg & Co., Frankfurt a. M.

Fernsprecher:
Hansa 1798.
Hansa 8148.

S.P.D.-Metallarbeiter.

Versammlung

am Montag, dem 21. d. Mts., abends 7 Uhr,
in den Zentralhallen, Dankwartegrube.

Zagesordnung wird in der Versammlung bekannt
gegeben.

Das Erheinen aller auf dem Boden der sozial-
demokratischen Partei stehenden Kollegen und Kolle-
ginnen ist unbedingt erforderlich. Eintritt nur gegen
Vorzeigung des Verbandsbuches und des Mitglieds-
buches der Partei.

15202

Der Fraktionsvorstand.

Nur im Biophon

Spielplan vom 18. bis einschl. 24. März 1921.

Nur Erstaufführungen! Nur Erstaufführungen!

Das grosse Ereignis

Großstadtmädel. II. Teil

Gefahren der Großstadt, Folgen des Leichtsinn.

Sklaven fremden Willens

Die große Sittentragödie.

(15141)

Besuchen Sie im eigenen Interesse die Nachmittags-Vorstellungen.

Chorverein Lübeck

Mitgliedschaft des deutschen Arb.-Sängerbundes.

Grosses Konzert

am Mittwoch, dem 23. März

im Gewerkschaftshaus.

Mitwirkende: Frauen-, Männer- und

Gemischter Chor mit Orchester (45

Musiker). Solist J. Immendorf

vom hiesigen Stadttheater

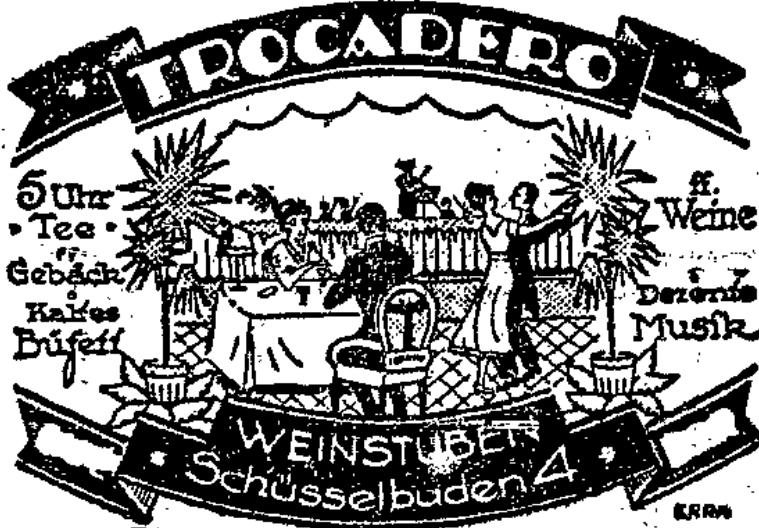
Fr. Louise Friedhoff (Sopran).

Chormeister: Robert Sulanke.

Zum Vortrag gelangen Lieder von Offenbach,
Mozart, Wagner, Ullman, Elsässer usw.

Aufzug 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Eintritt pro Person Mk. 3.—.

Karten sind zu haben in sämtlichen Verkaufsstellen
des Chorvereins, im Gewerkschaftshaus, G. Lender,
Hundestr. 41, Meins, Voigtsstr. 10 I., Kreuzberg,
Glandorpstr. 9 II., Rose, Falstr. 1.



15172

Stadthallen - Lichtspiele

Vom 18.-24. März 1921:

2 grosse Schlager

„Herztrumpf“

Spieldram in 5 Akten. Nach einer Novelle von Felix Salten mit

Hans Mierendorf.

„Dieb und Weib“

Dramatisches Filmschauspiel in 5 Akten.
Nach Mordean „Der Dieb“ von Henry Bernstein.

„Triumph der Liebe“

Spieldram.

(15174)

Neu-Lauerhof. Grosse Ballmusik.

Aufzug 5 Uhr. (15155)

Es lobet freundlich ein Johs. Ritter.

Konzerthaus „Flora“. Gr. Tanzkränzchen.

Aufzug 4 $\frac{1}{2}$ Uhr. (15180)

Max Siems.

Adlershorst. Ball

Jeden Sonntag und Donnerstag (15181)

Sonntag, Klammie. 7.30 Uhr.

Samstag Abend der Sol-

mitglieder u. des Balletts.

Eintrittspreis 3 Mk.

Gaststättengesäß

pfähle

140x6 cm v. Std. 1.50.-

F. Demuth & Co.

Gr. Gröpelgrube 4.

Verband der Gemeinde-

und Staatsarbeiter.

Gilote Lübeck.

Versammlung

der Betriebstäte.

Vertroneleute und Vorstand

am Montag, dem 21. März 1921

abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

im Gewerkschaftshaus.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 22. März

abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

in den Zentralhallen,

Dankwartegrube.

Die Zagesordnung wird

in der Versammlung be-

famnt gegeben.

15200) Die Ortsleitung.

Restaurant „Schlesierheim“

Schmiedestr. 3

Karl Lachmann.

Gemütlicher Aufenthalt für

Statsspieler.

(15124)

Lindenholz“ in

„Vorname“ Ballmusik.

Morgen Sonntag:

Vorname Ballmusik.

Saalführung 8 Uhr.

3. d. Veranden freier Zutritt.

Telephon 1910.

15129) Viktor Klempau.

Kücknitz.

Dieckelmanns Gasthof

sonntag, 20. März: (15124)

Tanzkränzchen.

Friedrich-

Franz-

Halle.

Weden Sonntag: (15128)

Tanz.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

15178

Gledermanns

8.30 Uhr:

Original

Allhoff Quartett.

Hansa-Theater

Heute 7 $\frac{1}{2}$: (15142)

Zum 10. Male.

Das Hollandweibchen.

Sonntag u. Montag 7 $\frac{1}{2}$:

Fräulein Puck.

Günzhausen) 15161

Sonntag, Klammie. 7.30 Uhr.

Samstag, Klammie. 7.30 Uhr.

Gewerkschaftshaus.

Sonntag abend 8 Uhr.

Samstag Abend der Sol-

mitglieder u. des Balletts.

<

Die Wahl in Mecklenburg.

Es liegen jetzt endlich die Ziffern aus allen Stimmbezirken vor. Demnach haben erhalten:

Sozialdemokraten	130 544 Stimmen (28 Sitze)
Deutschnationalen	68 874 " (14 ")
Deutsche Volkspartei	54 773 " (11 ")
Dorfkund	18 433 " (4 ")
Demokraten	13 034 " (3 ")
Kommunisten	14 518 " (3 ")
Mittelstand	10 294 " (2 ")
Unabhängige	2 438 " (— ")

Um diese Zahlen richtig einschätzen zu können, muss man sie vergleichen sowohl mit den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 20. Juni 1920. Es wurden damals gezählt:

	6. Juni	20. Juni
Sozialdemokraten	119 972	128 479
Unabhängige	35 894	24 576
Kommunisten	2 668	1 178
Demokraten	28 290	22 203
Deutschnationalen	74 051	71 341
Deutsche Volkspartei	51 585	48 717
Wirtschaftspartei	27 847	24 188

Die Ziffernreihen zeigen also, dass die Sozialdemokratie, die bisher schon auch in Mecklenburg die weitaus größte Partei war, 2065 Stimmen zugenommen hat. Außer ihr kann nur die Deutsche Volkspartei gegenüber der Reichstagswahl einen kleinen Zuwachs buchen, der auf Kosten der Deutschnationalen und der Demokraten gewonnen wurde. Bedenkt man, dass die Deutschnationalen unter der früheren Firma als Konservativen vor dem Kriege in Mecklenburg so gut wie allein herrschend waren, so wird man erkennen, wie gering ihre Bedeutung in Wirklichkeit ist. In die Augen fallend ist jedoch der Stimmenverlust, den die Demokraten von Wahl zu Wahl zu verzeichnen haben. Von ihnen haben sich zweifellos die Sonderbündne abgelöst, die bei der Reichstagswahl noch als Deutscher Wirtschaftsbund mit einer einheitlichen Liste auftraten und jetzt sich wieder in zwei Parteien, den Dorfkund und die Wirtschaftspartei, gespalten haben.

Dass die Unabhängigen so gut wie ausgesetzt sind, ist schon früher hervorgehoben worden. Bei den Reichstagswahlen hatten sie noch eine ansehnliche Stimmenziffer erreicht, aber schon vierzehn Tage später, bei den Landtagswahlen am 20. Juni v. J., waren sie um ein Wesentliches zusammengekrumpt, nachdem die Wähler entdeckt hatten, dass die Unabhängigen auch innerhalb der Republik nicht gewillt waren, die Regierungsgeschäfte mit zu übernehmen und so die Interessen ihrer Auftraggeber wohinzuholen. Dass die Spaltung dieser Partei einen weiteren Rückgang mit sich bringen musste, war vorzusehen. Aber dass die früher unter einer Firma segelnden Kommunisten und Unabhängigen zusammen jetzt noch nicht einmal die Hälfte ihrer Stimmen von der Reichstagswahl aufgebracht haben, ist doch eine Tatsache, die nicht allein aus der Spaltung zu erklären ist.

Die „Freiheit“, das Zentralorgan der Unabhängigen, schrieb vor der Wahl in einem Leitartikel, dass es trotz der Spaltung bei der U. S. P. in Mecklenburg vorwärts geht. Sie worten Hoffnungen und erwarten ein gutes Wahlergebnis. Nachdem die Unabhängigen nun kein einziges Mandat erreicht haben, nimmt die „Freiheit“ abermals zu der Wahl Stellung und schreibt u. a.:

Der Haf der Kommunisten gegen die unabhängigen Klassengenossen ging so weit, dass sie nicht einmal gegen Bezahlung Versammlungszeitungen für die U. S. P. in ihrem Raum aufnahmen, mächtig sie selbst in Stinnes-Zeitung ihre Versammlungen publizierten. Das geschah alles unter der Leitung des anerkannten Führers der Kommunisten, Herbert n. Mannenburger, der selbst während der Diskussion über die Antiflüchtkabinen der U. S. P. an Moskau eine Zeitlang mit seinem Parteikollegen Ruth die Befürderungen für unabhängbar erklärte. Verharmlosungsversuchen blieben natürlich auch nicht aus. Trotz Bresse und dreier Sektes konnte die A. S. P. nur rund 13 000 Stimmen aufbringen. Ein Resultat, welches angesichts des in merhin ungemeinen Organisationsapparates durchaus keinen Anlaß zur Siegestimmung geben sollte. Sind doch von den 24 567 Stimmen, die die U. S. P. bei den Landtagswahlen am 13. Juni 1920 erzielte, rund 8 000 Wähler spurlos verschwunden. Bei einer Wahlbeteiligung von durchsogen 90 Prozent sind die Kommunisten trotz ihrer Organisation nicht in der Lage gewesen, restlos die unabhängigen Stimmen vom Juni 1920 an sich zu ziehen.

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komperd.

89. Fortsetzung.

„Es steht etwas von der Franziska darin.“ sagte das Mädchen. „Woher hast du das Blatt?“ fragte ich.

„Mein Vater, der Hausmeister im Hühnerhof-Durchhaus, hat es sich gekauft.“

Ich las:

„Donnerstag, den 28. Juli: Verhandlung gegen Katharina Mangold, Ibd. Magd aus Siebenbürgen, wegen Kindesweglegung. Freitag und Samstag, den 29. und 30. Juli: gegen Thadäus Vitzinger, Grundbesitzer aus Fahrnfeld in Niederösterreich, wegen Meineid.“

Montag, den 1. August: gegen Heinrich Wegenet und Franziska von Feldheim, gebürtig von hier, Wollschiller, sowie gegen Leonore von Feldheim, Büglerin, wegen Diebstahl, beziehungsweise Diebstahlsteilnahme.“

26. Juli.

Heute erhielt ich die „Vorladung“, wonach ich auf Grund des § *** des a. St. G. zur Schwurgerichtsverhandlung am 1. August, um Zeugenschaft abzulegen, berufen bin, widrigfalls und so weiter.“

30. Juli.

Nun Franziska erfahre ich kein Sterbenswörterchen. Es ist, als ob das Hühnerhaus-Durchhaus durch Ozeane von mir getrennt wäre. Frau Blüthenstern ist unsichtbar geworden.

Würde sie auch heute noch wiederholen, was sie neulich so siegesgewiss, so strahlend von der Eingebung jener „Stimme des Himmels“ erzählt hat?

„Und seitdem schlafst sie noch immer?“

7. Vor den Richtern seiner Stadt.

Zwei Kinder vor Gericht! Die Frucht, die ihr gestern noch lebenstrohend und taudustig am Baume hängen lagert, heute schon als wurmstichtig erkannt!

Klug und auch gelehrte Leute haben dir aber schon seit langem bewiesen, dass dein schmerlicher Ausdruck nicht die geringste Begründung hat. Sie haben aus aller Herren Länder der Erde mühsam und eifrig gewisse Ziffern zusammengetragen, diese Ziffern addiert und dividiert, und nun steht es leserlich und aller Welt augenscheinlich da:

„In diesen Ziffern ruht ein Gelehr.“

Das Gelehr ist aber unumstößlich wie der Tod, unwandelbar wie das Leben! Was willst du dagegen anführen, wenn sie dir

Wenn dann die U. S. P. ohne jede Organisation annähernd 2000 Stimmen auf ihre Liste vereinigte, so ist das gewiss kein Wahlerfolg, aber der erste Schritt, nach der Spaltung, unsere Organisation wieder aufzurichten zu können. Dafür hilft die grenzenlose treue Hingabe jener rund 8 000 zährenden Genossen, welche über ganz Mecklenburg verteilt, all die schweren Arbeiten der jeden technischen Hilfsmittel bewältigt haben.“

Wer nun auch die Sozialdemokratie leider eine absolute Mehrheit nicht erreicht hat, so steht doch fest, dass die Ortschaften, die es der Drach wegen zum Konflikt kommen ließen und die von der sozialdemokratischen Regierung sofortige Maßnahmen forderten, in der Minderheit geblieben sind. Das ist das entscheidende an den Wahlen, das ist es, worauf es kommt. Das ist die Grundlage, von der wir bei Werbung des Wahlergebnisses auszugehen haben. Das ist der politische Konsolidierungspunkt, von dem aus alle Kalkulationen für die Regierungsbildung auszugehen haben. Die politische Bedeutung des Wahlergebnisses liegt vor allem in der Tatsache, dass der Wahlkampf sich dreht um die Ortschaften, die die Regierung Riecke-Bloch und das die Ortschaften außerdem in den Verderbgrund stellten: die Bevölkerung gegen siehe Sozialistengruppe. Sie haben, was sie wert, den Kampf angestellt und geführt unter der Parole: Kein Verbot der Drach und Hubertus-Arbeitsgemeinschaft und keine Sozialisierung!

Nun wählt. Diese Schlacht haben die Ortschaften glatt verloren. Sie sind mit rund 10 000 Stimmen mehrheitlich gescheitert.

Um dies Zahlen richtig einschätzen zu können, muss man sie vergleichen sowohl mit den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 20. Juni 1920. Es wurden damals gezählt:

Der Landtag wird im allgemeinen unfehlbar dasselbe Bild in seiner Zusammensetzung zeigen wie der alte. Eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung würde nur möglich sein mit Hilfe der wohlwollenden Neutralität der Kommunisten. Da aber auf diese nicht zu rechnen ist, so werden andere Wege gesucht werden müssen, um eine tragfähige Regierungsmehrheit zu bilden. Ob dabei die Abordneten des Dorfkundes oder der Wirtschaftspartei mit in Frage kommen können, muss einzusehen abgewartet werden.

Meineidsprozess gegen Kessel.

Wir haben die Anklagen des Hauptmanns von Kessel über Noske, Weizmann und Ernst ausführlich wiedergegeben. Sie bilden natürlich noch lange keinen Beweis dafür, dass sie auch wahr sind und zeigen nur, mit welchen Mitteln gewisse Kreise arbeiten, um ihre „Selbsttaten“ zu verschleieren. Die weitere Vernehmung des Angeklagten breite sich darum, ob der Angeklagte seinerzeit die Behauptung fälschlich beschworen habe, er könne auch weiter keine Fingerzeige für die Ermittlungen geben.“ Der Angeklagte behauptet, dass er tatsächlich nicht in der Lage gewesen sei, etwas zu den Ermittlungen beizutragen, da er ja wirklich nicht gewusst habe, wo sich Marloch aufhalte. Der Angeklagte wendet sich auch gegen die Behauptung, dass er dem Marloch falsche Papiere gegeben hätte. Er wäre in der Lage gewesen, ihm ganz andere Papiere auszustellen, mit denen er etwas hätte anfangen können, vor allem einen richtigen Pap. Früher sei mit ihm darüber gesprochen worden, man sei aber nicht darauf zurückgekommen, weil man sich in der Familie Rump entschieden hatte, dass Marloch nicht ins Ausland gehen sollte. Auf eine Frage des Verteidigers an den Zeugen Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer erklärt dieser, dass ein Staatsanwalt bei ihm gewesen sei und gesagt habe, der Prozess dürfe nicht stattfinden. Bei der Besprechung der falschen Papiere, mit denen Marloch verschenkt wurde, erklärte v. Kessel, dass die Unterschrift unter dem sogenannten Noskeausweis wahrscheinlich von seiner Hand stamme, er könne sich aber nicht genau entsinnen. Der Vorsitzende geht nun mehr auf die acht Punkte der Kesselschen Vernehmung ein, in denen er nach der Anklage wesentlich Fälschungen beschworen hat. Der Angeklagte nimmt zu jedem einzelnen Punkt zunächst in kürzeren Ausführungen Stellung und erklärt u. a., sie seien aus dem Zusammenhang herausgerissen. Er habe keine Fingerzeige geben wollen, sondern die Fragen so aufgefasst, als ob es heißen sollte: „Wissen Sie, wo Marloch jetzt ist?“ — v. Kessel: Das habe ich eben nicht gewusst, und so habe ich die Wahrheit gesagt. —

Rechtsanwalt Dr. Alberg weist hierbei darauf hin, dass in der Offenbarkeit die Flucht Marlochs als Schließung angesehen wurde und der Kriegsgerichtsrat Meyer deshalb kam, um gewissermaßen eine Deklaration zu erlangen. — v. Kessel erklärt noch, dass ihm die ganze Vereidigung überraschend gelommen sei. Er sei gefragt worden, ob er seine Aussage beider könne, und nach der Bejahung sei er schon in der nächsten Sekunde vereidigt worden. Manchen Fragen sei er aus bestimmten Gründen ausgewichen.

Ausführlich äußert er sich dann zu dem Punkte der Anklage, in dem er davon sprach, dass Marloch an Verfolgungswahn leide, dass er schon in zwei Irrenanstalten gewesen und v. der Anklage der Körperverletzung auf Grund des § 51 freigesprochen worden sei. Niemals hätte er Marloch zu einem Auftrag, wie dem Unternehmen in der Französischen Straße, ausgeführt. Nun mehr wandte sich die Erörterung dem sogenannten „Meineidsbekennnis“ des Hauptmanns v. Kessel zu. Der Angeklagte soll später dem Leutnant Wehmeyer gesagt haben: „In meiner Aussage ist manches ungenau. Ich habe sie aber doch beschworen.“ Auf die Worte Wehmeyers: „Warum haben Sie denn die Aussage nicht verworfen?“, soll Kessel gesagt haben: „Man muss doch manchmal liegen.“ Der Angeklagte bestreitet, eine solche Neuerung getan zu haben. Nach einer kurzen Aussprache über die Herausforderung des Zeugen an den Pfarrer Rumpf zum Zweikampf wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Dabei erklärt u. a. Oberleutnant v. Gralmann, in Offizierskreisen sei allgemein davon gesprochen worden, dass der Marloch-Prozess in diesen unruhigen Zeiten nicht stattfinden dürfe, und Hauptmann Röhl habe ihm gesagt, alle maßgebenden Persönlichkeiten wüssten das nicht. Es wurde behauptet, dass Staatsanwalt Weizmann dagegen sei, den Namen Noske habe er nicht gehört.

Zum Schluss wird Kriegsgerichtsrat Meyer vernommen. Er sagte aus: Ich sage v. Kessel direkt auf den Kopf zu, dass ich in ihm einen Helfershelfer vermute. Kessel verstand es aber, mich im Laufe der Vernehmung anderer Meinung zu machen. — Zeuge Gralmann macht darauf aufmerksam, dass ihm Dr. Meyer von der Bendlerstraße in seinem Auto nach der Wohnung am Olivaer Platz mitgenommen hatte. — Vor: Das ist ja ein ganz erheblicher Umweg. Das war ja ganz raffiniert ange stellt. Ihre Rolle erscheint ja immer mehr in einem recht merkwürdigen Licht. Sie veranlassen den harmlosen Unter suchungsrichter, Sie nach Hause zu fahren, um Marloch Zeit zu lassen, und das alles „im Interesse des Vaterlandes“. — Die Verhandlung wurde dann vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Reichskonferenz der Polizeibeamtenorganisationen tagte kürzlich in Berlin. Sie nahm Stellung zu den Beschlüssen einer von den Landesregierungen eingeführten Zwischenmission zur Neuordnung der Polizei im Reich, in der auch Lübeck vertreten war. Der Verhandlungsleiter Dr. Krämer bedauerte, dass man zu jenen Verhandlungen nicht die alten Polizeischäfleute hinzugezogen habe. Bei den Verhandlungen habe man sich auf Offiziere der ehemaligen Armee gestützt. Unter Wissmachung des Berufsbeamteniums habe man sich bemüht, an Stelle der Berufsbeamtenhaft ein Söldnerrecht zu schaffen. Polizei kommissar Hansch übte an den Richtlinien scharfe Kritik. Sie müssten in Bausch und Bogen abgelehnt werden. Besonders wichtig sei der Punkt 14, der für die subventionierte Polizei eine Verpflichtung auf eine zwölfjährige Dienstzeit vor sieht. Unschärlich schilderte Redner, welche Schwierigkeiten die Suche nach einer neuen Existenz nach Ablauf der zwölf Jahre bieten würde. Verfehlt sei die Zulassung Landesfremder zur Polizei der einzelnen Länder, weil nur Landeskinder die Pflicht der Bevölkerung des Landes genau kennen. Darauf aber kommt es an, wenn man das Ideal des modernen Polizeibeamten, Freund des Publikums nach englischem Muster zu werden, erreichen will. Punkt 23 sei zu bekämpfen, weil er für Beförderung zum Polizeioffizier den Nachweis höherer wissenschaftlicher Bildung verlangt. Praktiker des Berufs müssten aufstehen können. Es sei klar, dass man von solchen Stellen bestimmte Elemente ausschließen will. Schwere Bedenken erregt Punkt 33, der unter anderem unter die Beschränkung der Kooperationsfreiheit auf das wissenschaftliche Gebiet vorschreibt. Im übrigen ließen sich die Polizeibeamten das schwer erungene Kooperationsrecht nicht nehmen. Die Polizeibeamten wollen vollberechtigte Staatsbürger sein und sich nicht als Bürger zweiter Klasse fühlen. Wenn der Hauptwert auf die Kasernierung

„an der Hand“ ihrer Tabellen und Rubriken beweisen: Soundsoviel vom Hundert deiner Knaben und Mädchen erreichen das Ziel, das heißt, sie bleibend übrig, damit die Menschheit an ihrem Fortbestande nicht irre werde; aber soundsoviel vom Hundert sterben — oder verbergen!

Gehören die zwei Kinder, die noch heute vor den Richtern ihrer Stadt stehen werden, zu den Letzteren? Sind sie bereits gezeichnet, wie die Väter gezeichnet werden, die die Art des Fortmannes zum Fällen bestimmt hat?

Du kannst, du willst das nicht glauben! Sollten die frommen Sprüche, die aus fernem fremden Landen dich umstimmen, trügen und täuschen? Haben sie dich nicht gelehrt, dass der Bestand der Welt „an den Lippen eines Kindes hängt“?

Es soll also von stummen, ehrlichen Gesetzen abhängen, ob und wie viele vorzeitig ausgeschlossen bleiben von diesem ewigen, sich stets erneuernden Reien der Menschheit? ob und wie viele sich eingeschlossen halten werden?

Denn in dieser Eigenmächtigkeit, meinst du, liegt ja eben dasjenige, das mich so erschreckt. Einerseits beweist ihr, diese vom Baume der Menschheit gefallene Kraft wäre freiwillig ihrem Verderben anheimgefallen; andererseits lässt ihr lange Ziffernreihen hoffen sprechen: dieses Verderben, dieser Wurm in ihrem Innern sei gefestlich vorausbestimmt und habe nach sichereren Regeln und Rhythmen sein Zerstörungswerk geübt.

Sollt ihr auch unfehlbar, ihr klugen und gelehrteten Leute?...

Gestern war es die ledige Magd aus Böhmen, der sie „wegen Kindesweglegung“ zwei Jahre und sechs Monate zuerkannt haben; heute sind es die zwei Kinder!

Trotzdem sind die Bänke des großen Zuhörerraumes nur mäßig gefüllt.

Erwartet man „Ich“ so wenig? Gestern bei der „Kindesweglegung“ standen sie in dichten Haufen gedrängt; es herrschte während draußen die Tüllione brausen, in dem Saale eine Temperatur, die auf manchen Lippen der Ruf zu schwelen schien: „Nachbarin, Euer Kleinkind!“

Das Publikum besteht übrigens zum großen Teile aus Physiognomien von einerlei Schlage. Wenn wir es nicht bereits wüßten, ihr ganzes Gedächtnis würde es uns sagen: Das sind Leute, welche aus dem Vorstand her, da wie die Zwiebeln und die Eier, dreiher, die Brot und die Transportknechte, die Wäscherinnen und die Kondukturgärtinnen zu Hause sind. Hast du es den Anteilen, als habe das ganze Hühnerhof-Durchhaus mit seinen Inhalten auf den vorderen Bänken sich einheimisch gemacht, denn wir erkennen mehrere, mit denen der Verlauf dieser Geschichte „Nachbarin, Euer Kleinkind!“

Die „Neubauer“ scheinen auch in der Tat mit dem „Hühnerhof“ nicht in Berührung kommen zu wollen, sie nehmen die hintersten Bänke für sich in Besitz, so dass zwischen ihnen und den Bewohnern des Durchhauses ein Zwischenraum entsteht, der in Unbeträchtlichkeit des Umstandes, dass die Zuhörermenge nur mäßig genannt werden kann, auffall

tung der Landespolizei gelegt werde, dann werde der Zweck der Unterstützung der örtlichen Polizei nicht erreicht. Die Richtlinien würden bei ihrer Durchführung uns das Eigenleben nehmen; wir würden nichts weiter sein wie das schiere Heer, und dagegen wehren wir uns mit Händen und Füßen. In der Diskussion wurde recht heftige Kritik an den Richtlinien geübt, ihr undemokratischer Charakter betont und hervorgehoben, daß ihre Durchführung das so erwünschte Vertrauen zwischen Bevölkerung und Polizei nicht fördere. Auch die Entente würde Unstimmigkeiten nehmen. Zwei längere, im Sinne der Reserve und der Debatte gehaltene Resolutionen wurden angenommen und einer Redaktionskommission überwiesen. Eine Deputation wird beim Preußischen Ministerium des Innern und beim Reichsministerium des Innern vorstellig werden. Letzteres soll angekündigt werden, mit Vertretern des Reichsverbandes über Aufstellung neuer Richtlinien zu verhandeln.

Ansperrung in der dänischen Industrie. Da die Lohnverhandlungen in der Zeitz- und Eisen-Industrie erfolglos abgebrochen sind, wurden heute früh gegen 80000 Arbeiter ausgesperrt. Die Arbeiter wollen mit einem Generalstreik antworten.

Das Urteil im Prozeß Hiller.

Zum 5. März stand der frühere Oberleutnant und jehige Professor Hiller wegen Mißhandlung eines Untergebenen und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang vor den Richtern. Vor dem ersten Militärgericht war er zu 7 Wochen Festungshaft verurteilt worden. Der Vorfall dürfte im allgemeinen noch bekannt sein. Der Angeklagte war im Frühjahr 1915 Führer einer Kompanie der Gardefüsilier in den Karpathen und unter ihm blieb der Kriegsfreiwillige Karl Helmholz, der in der Nacht vom 1. und 2. April 1915 im Arrest verstorben ist. Der Angeklagte schluß geht dahin, daß der Angeklagte 1. eines Tages, als Helmholz zur Arrestvollstreckung an einen Baum gebunden war, ihm eine Dohle gegeben habe, 2. daß er Helmholz, als dieser von Kranenträgern zum Lustreiten geführt wurde und sich beschmutzt hatte, mit dem Stiefel einen Tritt ins Gesäß gegeben habe, 3. daß er ihn wiederholt zur Vollstreckung von Arreststrafen trotz großer Kälte an einen Baum gebunden und ihn außerdem in seinen letzten Lebenstagen als Arrestanten in einem kalten, feuchten, schwüligen Erdloch sitzen und besonders bemühen ließ. Während dieser Zeit habe er ihm auch, wie mehrere Zeugen bestanden, alle Nahrungsmittel entzogen lassen, so daß solche Behandlung eine schwere Körperverletzung und Gesundheitsschädigung des Helmholz verursachte, durch die dessen Tod herbeigeführt wurde.

Diese niederträchtige Behandlungsweise von Soldaten wurde im Laufe der Verhandlung durch zahlreiche Zeugen ebdlich erhärtet, wobei die „Erziehungsarbeit“ dieses Offiziers noch viel mehr ans Tageslicht kam. Und nun sehe man sich das Urteil gegen diesen Soldatenrichter an:

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage. In zwei Fällen der Mißhandlung bejahten sie aber den dritten Fall, und zwar in Ausübung des Dienstes. Die Frage, ob die Mißhandlung Lobesfolge gehabt habe, wurde verneint. — Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten Festungshaft, weil der Angeklagte nicht aus ehrenwürdiger Bestimmung gehandelt habe. In die Strafe sind sieben Wochen Festungshaft, die schon rechtskräftig geworden sind, einzubezählen.

Internationaler Metallarbeiterbund.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Tagung des Zentralomitees und Exekutivausschusses des Internationalen Metallarbeiterbundes begüßte in bezug der Moskauer Gewerkschaftsinternationale die russische Revolution einstimmig und sicherte dem russischen Proletariat Unterstützung zu. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß die Führer der Kommunistischen Partei, von denen die meisten weder mit den wirtschaftlichen noch den politischen Verhältnissen der westeuropäischen Organisationen bekannt sind, für diese nur Beleidigungen und Spott übrig haben. Dies ist nicht der Wille des russischen Proletariats, sondern das Werk der despatischen Führer, die selbst der Arbeiterschaft die Wahrheit verschweigen. Deshalb können jene Metallarbeiterorganisationen, welche der Moskauer Internationale beitreten, nicht zugleich Mitglied des Internationalen Metallarbeiterbundes sein.

Gegen die in London beschlossene weitere Belagerung deutscher Städte wird Einspruch erhoben, weil sie den Frieden verzögert und neue wirtschaftliche und militärische Konflikte provoziert. Das Komitee erklärt sich solidarisch mit der deutschen Arbeiterklasse, die gewillt sei, alle Kräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete einzufügen und die Pflicht einer Reparation anerkennt. Ein Wiederaufbau der Produktion und Konsumkräfte der Völker aller Länder bedingt die Internationalisierung der Kriegsschulden. Die

allgemeine Waffnung des Militarismus ist zur Sicherung des Friedens in allen Ländern notwendig.

Einem Statutenentwurf für den internationalen Verband wurde grundsätzlich zugestimmt. Er soll demnächst dem Internationalen Metallarbeiterbund, der auf den 26. Juli d. J. in Berlin angelegt ist, vorgelegt werden. Die Landesorganisationen werden aufgefordert, die kämpfenden Verbände in Luxemburg und im Standesstaat finanziell und moralisch zu unterstützen.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 19. März.

Erschütternde Elendsbilder.

Wie es in Proletariersfamilien aussieht.

Die Berliner Allgemeine Ortskrankenanstalt, die seit einer langen Reihe von Jahren die Wohnungsverhältnisse ihrer erkrankten Mitglieder durch die Krankenbesucher ermittelt hat, hat jetzt im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen ihre Aufmerksamkeit auch dem Kindergarten zugewende. Sie teilt aus den diesbezüglichen Feststellungen der Krankenbesucher eine Liste von besonders schlimmen Fällen mit, an denen 93 Familien beteiligt sind, darunter 64 in Wohnungen von nur einer Stube und Küche und 39 in Wohnungen von 2 Stuben und Küche. Die Einzelheiten der Krankenbesucher führen sich zusammen zu einem erschitternden Bild von Entbehrungen und Krankheit, von Not und Elend, die durch Wohnungseigae, durch Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit, durch Mangel an Bettten, Wäsche und Kleidung hervorgerufen sind.

Wir greifen einzelne Beispiele heraus. Nicht wenige der Einzimmersiedlungen beherbergen vielfältige Familien, Familien sogar mit sieben, acht, neun und zehn Personen. Sieben Personen haben drei Betten zur Verfügung. Kinder unterernährt, lautet ein Bericht. Ein anderer meldet: „Vier Erwachsene und drei Kinder sind drei Betten vorhanden. Ein Kind von sechs Jahren vom Schulbesuch befreit. Ein Sohn lungenkrank.“ Andere Berichte sagen: „Für acht Personen drei große Betten und ein Kinderbett; für zehn Personen fünf Betten; für zehn Personen vier Betten.“ In den Zwanzigernwohnungen sieht es ähnlich aus. Hier geht die Belegung in einem Raum bis zu vierzehn Personen, und der Bericht sagt: „Kinder unterernährt. Mangel an Bettten, Wäsche und Bekleidung. Mutter und mehrere Kinder lungengeschwacht.“ Aus einer Familie wird berichtet: „Der Mann, lungengeschwacht und seit März 1920 arbeitslos, teilt sein Bett mit einer 11jährigen Tochter. Bei vielen Familien wurde festgestellt, daß die Betten keine Bezugsmöglichkeiten, daß Kinder fehlten, aus denen manchmal die Mutter Hemden für die Kinder gemacht hatte, daß auch die Bettwäsche knapp war und daß die Kinder nur noch das einzige Hemd tragen, das sie auf dem Leibe trugen. In zahlreichen Fällen zeigten sich die Kinder unterernährt, boten ein Bild körperlicher Verküpflichkeit und Verkümmерung, und waren in Gefahr, durch Lungenerkrankungen gestorben zu werden. Ein Bericht sagt: „Mutter lungengeschwacht. Vater leidet an chronischem Bronchialkatarrh, bei dem fünfjährigen Kinde Tuberkulose festgestellt. Das schulpflichtige Kind teilt das Bett mit den Eltern.“ Aus einer Familie wird berichtet: „Ein Sohn von dreizehn Jahren wiegt 54 Pfund, alle Kinder unterernährt“, aus einer anderen: „Ein Kind von acht Jahren so aufzulegen, daß es wie ein vierjähriges Kind aussieht, ist vom Schulbesuch befreit“, aus einer anderen: „Ein Knabe von vier Jahren kann noch nicht laufen, ein sechsjähriger Junge erscheint wie dreijährig, ein vierzehnjähriges Mädchen ist sehr schwächlich“, aus einer anderen: „Eine achtjährige und eine neunzehnjährige Tochter vertrümpfte Kleine, eine siebzehnjährige Tochter verhagenes Kind, schwach und nicht erwerbsfähig, ein achtjähriges Mädchen wiegt 34 Pfund, ist lungengeschwacht.“

So sieht es in vielen Proletariersfamilien in den verschiedenen Städten aus! Man vergleiche mit diesen Bildern entsetzlichen Elends den von der wohlhabenden Bevölkerung getriebenen Luxus, der aufdringlicher und frecher als je sich bemerkbar macht. **Herunter mit den Wurstpreisen!**

Ein Gang durch die Straßen jeder beliebigen deutschen Stadt lädt bei einem oberflächlichen Beurteiler angelicht der übernösen Schautafeln leicht die Meinung auskommen, daß sich das deutsche Volk trotz 4% Kriegs- und nachfolgenden wirtschaftsschüttelnden Jahren in den Seiten des Wohlstandes von 1913/14 befindet. Dies ist aber ein Trugschluss drastischer Art. Die heutige Preisgestaltung hindert große Schichten der Bevölkerung an einer lebenshaltenden Ernährung. Wenn die Sterblichkeitsziffer nicht noch mehr gestiegen ist, als dies bisher der Fall war (beträgt doch die Tuberkulosesterblichkeit in Deutschland bei den Kindern im Alter von 1 bis 10 Jahren durchschnittlich mehr als 100 Prozent und bei jungen Menschen im Alter von 15 bis 20 Jahren genau 200 Prozent nach den Gegenüberstellungen von 1915 und 1918) so ist das zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß das Familieneinkommen einer Familie oder sein allergrößter Teil zu Er-

nährungszwecken ausgegeben wird. Die notwendigen Neuanfangungen an Kleidungsstücken und Haushaltsgegenständen müssen unterbleiben und wirken somit das Wirtschaftsleben störend und die Arbeitslosigkeit steigernd.

Trotzdem diese Tatsachen allgemein bekannt sind, wird wenig und gar nichts zu ihrer Beseitigung getan. Im Gegenteil. Handel und Gewerbe wollen ihre hohen Verdienstmöglichkeiten immer weiter steigern wissen, wie sie während der Kriegsjahre so schnell und gründlich gelernt haben. Jedes Anziehen der Preise der Rohstoffe und Halbfabrikate wurde augenscheinlich auf die vorhandenen, oft reichlichen Bestände angewandt. Nur vor einem Rückgang der Preise drückt man sich so lange als nur irgend möglich. Eine Ausnahme hieron bildet der plötzliche Sturz der Margarine- und Fleischpreise, der nur auf Angstverkäufer infolge spekulativer Überbehandlung zurückzuführen war. Andere Artikel mißten den Preisen längst gefolgt sein und besonders die Wurstpreise sind so ungemein hoch, daß der Kaufenden Menschheit einmal ein paar Zähne vor Augen geführt werden müssen.

Nach den Marktpreisnotierungen der letzten Tage waren, so schreibt die „Breslauer Wollswacht“, und in Lübeck liegen die Verhältnisse nicht viel anders, mittlere Schwelle zum Pfundpreise von 12 Mark, und mittlere Kinder für 8,50 Mark zu stehen. Da aber der Fleischverkauf weniger gewinnbringend ist, gehen die Fleischer zu einer ausgedehnten Wurstfabrikation über und besonders die Hochwurst werden gern verkauft. In ihnen durfte nach fröhlichen Begriffen über Nahrungsmittelverschwendungen ein Wurstgehalt von 40 Prozent enthalten sein. Ein Breslauer Gutachter erklärte aber vor 1914 vor Gericht eine 60 Prozent Wurst enthaltende Wurst für nicht verschlecht, sodass dieser Prozent noch als zulässig zu erachten ist. Bei einer nur 20 Prozent gewürzte Wurst enthaltende Wurst beträgt der Wasserverbrauch am Pfunde gekochter Wurst ca. 7 Mt. Aber auch bei den anderen Wurstsorten, wie Braunschweiger und Mettwurst, ist der Verdienst ein außerordentlicher.

Die eingangs genannten Fleischwaren ergeben, daß selbst bei reiner Fleischverarbeitung die heutigen Gestaltungskosten noch nicht die Hälfte der Kleinverkaufspreise von 26 Mark ausmachen. So, selbst die Löhne und Unkosten hinzurechnet, ergeben kaum die Hälfte des Ladenpreises. Daraus ergibt sich, daß die Wurstpreise schon lange zu hoch sind und gegenwärtig von den Schlachtern und Wurstmachern ein ungeheuerer Verdienst erzielt wird. — Vielleicht prüft die Preisfeststellungskommission einmal die Sache genau.

Kosteldtarif der Heilanstalten. Der Senat heißt zur Wiedergutmachung der Bürgerkraft: 1. daß die Kosteldtarife für das Allgemeine Krankenhaus und für die Heilanstalt Strednick geändert werden; 2. daß die Behörde für die Heilanstalten ermöglicht werde, künftig die Kosteldtarife des Allgemeinen Krankenhauses und der Heilanstalt Strednick selbstständig zu erhöhen, sobald sich voransetzen läßt, daß der Staatsaufwand beim Allgemeinen Krankenhaus mehr als 80 v. H. und bei der Heilanstalt Strednick mehr als 50 v. H. der Gesamtkosten beigetragen wird, und zwar mit der Maßgabe, daß von der vorgenommenen Erhöhung dem Senat unverzüglich Kenntnis zu geben ist. Der Kosteldtarif für das Allgemeine Krankenhaus soll vom 1. April ab folgende Fassung erhalten: Verpflegung 18 Kilo und Kosten. Die Verpflegungslücke einschließlich der allgemeinen ärztlichen Behandlung betragen für den Tag: 1. für die dritte Klasse: a) Erwachsene (hiesige) 22 Mt., (auswärtige) 28 Mt., b) Kinder bis zu 12 Jahren (hiesige) 10 Mt., (auswärtige) 15 Mt. Der Krankenversicherungsaufschlag nicht unterliegende Personen und deren Familienangehörige, ferner Familienangehörige non Krankenfassungsmitgliedern genießen auf die Verpflegungslücke der dritten Klasse einen Nachlass von 25 Proz., vorausgesetzt, daß a) sie im illeidlichen Staatsgebiet wohnen, b) sie selbst oder der Hausstandsvorstand nach einem Einkommen non nicht mehr als 2500 Mt. zur Einkommenssteuer veranlaßt sind, c) die Kosten nicht von Krankenfassen (auch privaten) bezahlt oder erstattet werden, d) die Familienangehörigen Hausstandsgenosellen eines hiesigen Einwohners oder eines Krankenfassungsmitgliedes sind; 2. für Kranken der dritten Klasse, die in kleineren Zimmern untergebracht zu werden wünschen (3a-Klasse) Hiesige 25 Mt., Auswärtige 33 Mt., 3. für Kranken der ersten und zweiten Klasse: 2. Klasse (hiesige) 35 Mt., (auswärtige) 45 Mt., 1. Klasse: (hiesige) 60 Mt., (auswärtige) 75 Mt. Der Kosteldtarif für die Heilanstalt Strednick (Bekanntmachung vom 13. Mai 1914 nebst Nachträgen) soll mit Wirkung vom 1. April 1921 ab folgende Fassung erhalten: 1. Als täglicher Kosteld und an zahlen: a) In der ersten Verpflegungsklasse: a) für Hiesige 20 Mt., b) für Auswärtige 45 Mt. b) In der zweiten Verpflegungsklasse a) für Hiesige 15 Mt., b) für Auswärtige 30 Mt. c) In der dritten Verpflegungsklasse: a) für Hiesige 10 Mt., b) für Auswärtige 15 Mt. Dabei können für Hiesige und deren Hausstandsangehörige, die keine Unterstützungsansprüche an eine Krankenfassung haben, auf Antrag die Verpflegungslücke der dritten Klasse ermäßigt werden, sofern das Jahresinkommen den Betrag von 12 000 Mt. nicht übersteigt. Die Festsetzung des ermäßigten Kosteldes erfolgt durch die Behörde für die Heilanstalten im Benehmen mit der Armenbehörde.

vierzig bis fünfundvierzig Meter auseinanderliegen. Das Minengebiet befindet sich hauptsächlich in der Nordsee und zu einem kleinen Teil im Kattegat. Aus den genannten Gründen ist zu erkennen, wie stark die Engländer die deutsche Bucht durch Minen blockiert hatten und welche Gefahren untreten Schiffen schon in den nächsten Gewässern drohten.

Von der genannten Wasserfläche sind heute erst knapp zwei Drittel geräumt. In den ersten anderthalb Jahren wurde die Arbeit durch zehntausend Minensucher, die die Regierung aus ehemaligen Marineangehörigen für die Arbeit geworben hatte, ausgeführt. Diese freiwillige Minensuchabteilung muhte im September vorigen Jahres aufgelöst und entlassen werden. Ein Ententebefehl verfügte es so. Die Räumtätigkeit wurde von diesem Zeitpunkt an der neu gebildeten Reichsmarine übertragen. Waren früher regelmäßig gegen siebzig Boote auf Räumungsarbeit unterwegs, so luden heute knapp vierzig. Und da sich der Rohstoffmangel immer stärker bemerkbar macht, so sind auch von diesen oftmals noch etliche zu Fischereihäfen gezwungen. Die Tätigkeit des Minensuchens wird also noch recht lange Zeit und Geld verschlingen.

Geschichtlich sind die seinerzeitigen freiwilligen Minensucher nicht ohne Ruhm geblieben. Die in den vorjährigen Kapplagen in Wilhelmshaven liegenden Minenverbände waren nämlich die ersten Marinemannschaften, die im gegebenen Augenblick ihre verdächtigen Offiziere in Haft nahmen.

Die rechte Zelt.

Weiß nicht, warum man nur den Mai.

Als Monat der Liebe besiegt?

Sch sind, es steht sich auch ganz nett.

In den Monden, die der Spätherbst uns bringt!

Und auch im Winter — wenns draußen schneit,

Wenns salt ist und sturm und feiert . . .

Wann hätte das die Liebe je

Auch nur im geringsten geniert?

Drum greift die Gelegenheit ruhig beim Schopf —

Stags im Lenz oder sonst wann geschehn —

Um Gott, der seine Zeit lang verliert.

Gustav Radiburg.

Beiden Minensuchern der Nordsee.

Von Josef Alte.

Zu den manchesel Dingen, die der Friedensvertrag dem deutschen Volke auferlegt, gehört auch die Räumung der Meere von den minenbesetzten Kriegs- und Friedensbezirken, in denen fünf oder sechs Jahre die Minenperren liegen, eben solange Zeit seitdem die Flotte störte, kein Fischer den Reichtum der See durch Fang beeinträchtigte. Der Kampf ums tägliche Brot, die Wahrscheinlichkeit eines reichen Fanges losen und lassen die schwere Gefahr in den Hintergrund treten; und so begegnen unsere Minensucher zuweilen in Gegenden, in denen sie selbst mit der größten Vorsicht arbeiten, einem Fischdampfer, der anschließend ganz harmlos dem friedlichen Fangen obliegt. Ja, ein Offizier wußte mir zu erzählen, daß Berichte von Fischermatrosen ergeben hätten, daß ihr Kapitän sie nie einen Blick in die Schiffsräume warf, eben, um ihnen nicht zu verraten, daß sie ihre Neige in der noch nicht freigegebenen Gefahrzone ausüben.

Doch in Unbetracht der Gefahren auch fischtragödien keine gerade alltägliche Sache sind, wird man verstehen, wenn man erfaßt, daß die selnerzeit kriegsgerecht angelegten Minenfelder heute nicht mehr gestiegen ist, als dies bisher der Fall war (beträgt doch die Räumtätigkeit in Deutschland bei den Kindern im Alter von 1 bis 10 Jahren durchschnittlich mehr als 100 Prozent und bei jungen Menschen im Alter von 15 bis 20 Jahren genau 200 Prozent nach den Gegenüberstellungen von 1915 und 1918) so ist das zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß das Familieneinkommen einer Familie oder sein allergrößter Teil zu Er-

gänzungszwecken ausgegeben wird. Da das moderne Minenfelder alle Verhältnisse ändert und über aufzulegen waren, bevor es sich legt, so ist es jetzt jenseit heutige Minenfelder, die hier das Geheimte des wortähnlichen Simes ausdrücken, bleiben allerdings nicht aus.

Als die Gründe für diesen Unterschied sind einfache. Die Minenfelder, wie die einzelnen Boote, fahren mit allen Vorsichtsmaßregeln in die Minenfelder hinein. Finden sie eine Mine, so wird sie kategorisch aufsichtlich und „entdeckt“. Dieses Entdecken oder Entdecklichmachen geht auf die Weise vor sich, daß die gesetzte Mine entweder durch eine an die Weise vor sich, daß die gesetzte Mine entweder durch einen Schuß aus einem 3,7-Zentimeter-Geschütz zur Explorion gebracht wird. Da das moderne Minenfelder alle Verhältnisse ändert und über aufzulegen waren, bevor es sich legt, so ist es jetzt jenseit heutige Minenfelder, die hier das Geheimte des wortähnlichen Simes ausdrücken, bleiben allerdings nicht aus.

Das Kriegsergebnis verfügt über jene Räumtätigkeit nicht und ist deshalb innerhalb der Gefahrenzone sehr gut geführdet. Deshalb hat es eigentlich in der Gefahrenzone nichts zu suchen. Je weiter weg nämlich sehr genau, welches Gebiet für seine

Ein Konzert des Vereins der Musikknechte findet heute abend im Gewerkschaftshaus statt. Als Solist für den Abend ist Herr Konzertmeister Hornstein aus Hamburg gewonnen, der den 1. Satz aus dem Violinkonzert von Beethoven spielen wird, und des Altmeisters Ouverture zu Ermont und Cörlolan alsdern würde ein. Weiterhin erbauen die Hörer Barber von Bagdad, Ouverture von Cornelius, slawische Ländle von Dvorak und Wenzelsohns Hochzeitsmarsch und Scherzo aus Sommernachtstraum, während reizende, melodische Weisen, so u. a. Volkslied und Märchen von Romual (nur für Streicher), benen als letzte Nummer ein flotter Marsch folgt, das abwechslungsreiche Programm beschließen.

Ein Promenadenkonzert findet am Sonntag von 12-1 Uhr auf dem Marktplatz statt. Spielfolge: 1. Frühlings-Einzug, Marien von Blon. 2. Ouverture a. Op. "Ein Feldlager in Schlesien" von Meyerbeer. 3. Holla-Szene a. d. Op. "Der Evangelist" von Klenz. 4. Frühlings-Erwachen, Romanze von Bach. 5. Liedertanz der Bräute a. d. Oper "Herzens" von Rubinstein. 6. Eva-Walzer a. d. Operette "Eva das Habtmädel" von Dehac.

Stadttheater. Sonnabend Erstaufführung von "Der Doppelsoldat", nachher erstmaliges Auftreten der Jena Partie mit 20 Mitgliedern und eigenem Palatalo-Orchester. Abends "Die Land", auf Engagement: Frau Dietel für mitteldramatische Partien als "Martha" und Herr Günther Richter-Huhn aus Berlin für das schwere Heldensach. In den Kammerpielen am Sonntag "Hamme".

Aus aller Welt

Todesurteil. Das Schwurgericht zu Siegen verurteilte den Kaufmann Bögen aus Berlin, der in der Nacht zum 22. Juli 1919 in Bahnhofheim den Kaufmann Louy aus Gräfenburg erschossen und beraubt hatte, zum Tode. Louy hatte damals beim Glücksspiel größere Summen gewonnen, und der Mörder hatte es offenbar auf den Raub dieses Geldes abgesehen.

Volkswirtschaft.

Die Goldmark.

Dr. L. Was ist eine Goldmark? Jedermann gebraucht dieses Wort; wenige werden sich davon Weisheit abgelegt haben, was sein wahrer Inhalt ist. Die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands an die Entente sollen in Goldparität, wie der Fachausdruck lautet, festgelegt werden. Was bedeutet das Wort Goldparität?

Wenn Deutschland 200 Milliarden in Gold bezahlen soll, so hört sich das ja an, als ob für diese Summe Goldmünzen nach Paris oder London abzufertigen sind. In der ganzen Welt findet sich aber allerhöchstens sogenanntes Gold, daß man den leichten oder schweren Teil dieser Summe daraus prägen könnte. Eine Bezahlung in Gold kommt also gar nicht in Frage; der Ausdruck „Mark in Gold“ ist irreführend, er kann nur lauten „Goldmark“. Vor dem Ausbruch des Krieges hatte es keinen Sinn von Goldmark zu sprechen, da war jede Mark eine Goldmark. Ist doch in dem Münzgesetz von 1871 der Wert einer deutschen Mark mit dem Werte des Goldes aufs engste verknüpft.

Das hat man durch die Bestimmung erreicht, daß jeder, der 1 Kg. Gold in die Münze bringt, dafür 2790 Ml. deutsche Reichsmark zu beanspruchen hat, während andererseits die Reichsbank verpflichtet ist, für je 2790 Ml. deutscher Währung Goldgeld mit annähernd 1 Kg. Goldgehalt auszugeben.

Auf diese Weise wurde jede Wertschwankung des Geldes unmöglich gemacht; nur mit dem Wert des Goldes konnte der Geldwert, oder die Valuta, wie man heute sagt, sich auf- oder abwärts bewegen. Und da fast alle fremden Länder ähnliche Maßnahmen getroffen hatten, so ließ sich eine solche Schwankung noch nicht einmal feststellen; denn das Verhältnis zum Pfund Sterling oder zum Dollar blieb immer unverändert. Nur Volkswirte waren imstande, aus Preischwankungen, die allen Ländern mit Goldwährung gemeinsam waren, Schlüsse zu ziehen auf Geld- oder Goldwertveränderungen.

Das wurde mit Kriegsausbruch alles anders. Eine Regierung nach der anderen hob unter dem Zwang der Verhältnisse die Bestimmungen über die Auszahlung von barem Gold auf; und damit entstand das große Problem der Valutenschwankungen, die heute das Krebskäbel der ganzen internationalen Verkehrswirtschaft geworden sind. Während vorher der Geldwert am Golde festgelegt war, so schwante er nun frei in der Luft, und schon nach kurzer Zeit zeigten sich die Folgen dieses neuartigen Zustandes. In Ausmägen, wie man es für europäische Verhältnisse nicht für möglich gehalten hätte, verschob sich die Geltung des Gehdes der verschiedenen Länder. Je nachdem das Geld des einen oder anderen Landes gesucht wurde, stieg oder sank sein Preis auf dem Weltmarkt. (Ein späterer Artikel soll diesen Vorgang Devisenverkehr genannt, darstellen.)

Damit hatte man gar keine Möglichkeit mehr, eine Zahlung von dem einen Land nach dem andern festzusetzen, ohne daß das eine von beiden Gefahr ließ. Verluste zu erleiden. Ein Moment der Unsicherheit lähmte alle internationalen Abmachungen, und mit allen möglichen Hilfsmitteln suchte man sich zu behelfen. Das am meisten angewandte war das der sofortigen Barzahlung, wodurch die Möglichkeit großer Kurschwankung fast ganz ausgeschaltet wurde.

Bei einer Abmachung war die sogenannte Barzahlungsklausel jedoch nicht möglich; nämlich beim Papiermarkt und seinen Ergänzungen. Auf 30-40 Jahre sollen sich da die Zahlungen verteilen. Welche Kursbewegungen in dieser Zeit die verschiedenen Geldsorten machen werden, das weiß kein Mensch. Es galt also eine Lösung zu finden, die mit einer gewissen Sicherheit eine Summe festlegt. Und man kam auf den Begriff der Goldmark.

Mit kurzen Worten, man stellte sich so, als ob die Goldmark, die alte deutsche Mark, noch existierte und man bestimmt, in dieser Mark hat Deutschland zu bezahlen. Wie ist nun der Wert dieser Goldmark zu finden? Das Gold der anderen Länder hat ja seine Goldparität ebenfalls verlassen — selbst der Dollar ist Schwankungen unterworfen —, dort ist also kein Maßstab zu finden.

Erinnert man sich eben an die Bestimmung des deutschen Münzgesetzes, daß eine Mark der 1898er Teil eines Pfundes eingeholt sei. Der legige Weltgoldpreis im Papiermarkt dazu in Beziehung gesetzt, ergibt ein gewisses Verhältnis, das den jeweiligen Zahlungen unter dem Ausdruck Goldmark zu grunde zu legen ist. Es ist klar, daß dieses Verhältnis ein schwankendes sein muß, abhängig einmal von der Kaufkraft der deutschen Papiermark und zweitens von dem Preis des Goldes auf dem Weltmarkt. Und eben diese Unsicherheit ist es, die die Bestimmung, daß jede Zahlung in Goldmark zu leisten sei, für uns so schwer und lastend gestaltet.

Der Anschlag auf die Siegeshalle ein Gaunerwerk. Die Annahme, daß der Anschlag auf die Siegeshalle nur versucht worden ist von dem Attentäter, damit er selbst gleichzeitig eingreifen kann, um sich hervorzuheben und sich eine große Wehrherrschaft zu verdienen, genügt immer mehr an Wahrscheinlichkeit und wird auch noch durch eine Mitteilung wonach zu Beginn dieses Jahres ein Dizefeldwebel in Marsdorf im Kreise Usterbrog — aufstieg hat der Attentäter der Hindernisse denjenigen Namen — nach Zusicherung einer Belohnung Mitteilung von einem Munitionslager möchte. Der vorgefundene Sprengstoff wurde zum Teile nach Berlin verkauft und es ist wahrscheinlich, daß das vorgefundene Dynamit und Picrin aus diesen Vororten herrührt.

Explosionsunfall. Im Munitionslager Schwaborn bei Erfurt, in dem gefüllte Munition, Fliegerbomben, Seeminen usw. zum Zweck der Metallverwertung entladen wurden, flog ein Schuppen mit Schrapnellmunition in die Luft. Drei Frauen konnten, zum Teil mit schweren Brandwunden, sich retten. Die übrigen, etwa zehn Arbeiter, haben allem Anschein nach den Tod gefunden. Genaue Feststellungen über die Zahl der Getöteten werden erst nach dem Ende der Explosionen, die fortduern, möglich sein. — Weitere Meldungen besagen: Die Fabrik steht in Flammen. Der Stadtkreis Erfurt-Nord ist höchst gefährdet. Das Feuer entstand vermutlich dadurch, daß einer der Arbeiter, die leere Hüllen verluden, geräucht hat. Um 11 Uhr flog der Schuppen mit italienischer Schrapnellmunition in die Luft. Die meisten Arbeiter haben sich retten können. Soweit bis jetzt feststeht, werden fünf Personen vermisst.

Spiel, Sport und Körperpflege.

M. T. V. Ib — Ordnungspolizei I stehen sich Sonntag, den 20. März 4 Uhr auf dem Kaiserinenhof Hakenburger See gegenüber. M. T. V. Liga — Bahrenfeld liefern sich in Hamburg ihr Protestspiel.

Der Weltbau.

Dr. L. Deutschland will seine Handelsflotte wieder aufbauen. An anderer Stelle dieses Blattes ist über das Niederelbstfindungsgebot ausführlich berichtet. Nun ist es interessant, festzustellen, daß in der Welttonnage ein Überschuß an Schiffsräumen besteht und daß deshalb ein Alltag in der Schiffbauindustrie zu verzeichnen ist.

Es waren (nach dem "Engineering") an Schiffen über 100 Br.-M.-L. im Bau im Januar des Jahres:

	1919	1920
Großbritannien und Irland	1 620 442	2 055 624
Kanada	858 728	203 644
Dänemark	87 708	60 669
Frankreich	92 603	83 449
Deutschland	unvollständig	unvollständig
Holland	137 086	189 148
Italien	82 718	133 100
Japan	611 883	456 642
Norwegen	57 678	98 656
Schweden	60 971	83 628
Vereinigte Staaten (Ozeanversien)	3 579 820	2 848 725
(Gr. Seen)	405 559	127 528
Andere Länder	79 334	96 368
Gesamtsumme: 7 144 549		6 801 666

Die Gründe für diesen auffälligen Rückgang sind verschieden. Teilweise ist er begründet in der allgemeinen Geschäftslaufheit im internationalen Verkehr, hervorgerufen hauptsächlich durch den Ausfall Osteuropas aus der Weltwirtschaft, wodurch die Frachträume auf ungefähr ein Drittel gesunken sind. Ein anderer Grund ist die im Verkaufsertrag vorgeschriebene Ablieferung der deutschen Handelsflotte. Sie wird den Reedern heute unter 20 Doll. die Tonne Schiffsräum angeboten, während sie noch vor einem Jahre 40 Dollar einbrachte. Vor einigen Tagen ging daraus durch die englischen Zeitungen eine Notiz, die den Rücklauf der Schiffe an Deutschland empfahl, wo Mangel sei, während England und Amerika Überfluss hätten.

Der unter diesen ungünstigen Umständen eingesetzte Neuausbau der deutschen Handelsflotte scheint zunächst volkswirtschaftlich unökonomisch zu sein; eine billige Charterung würde sicher manchen Reedern bieten. Über die heutigen abnormalen Zustände verlangen auch andere Maßnahmen, als solche, die unter gewöhnlichen Umständen die richtigsten wären.

Zwei Punkte müssen bei jeder handelspolitischen Maßnahme vor allem berücksichtigt werden: der Stand unserer Valuta und der Arbeitsmarkt. Beide wirken im Falle eines Schiffbaus im Auslande gedrückt; ein Schiffbau im eigenen Lande ist beiden günstig. Von diesem volkswirtschaftlich höheren Standpunkt aus ist also das Niederelbstfindungsgebot günstig zu beurteilen.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 18. März
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	18. März	17. März
Holland	100 fl.	2170
Kopenhagen	100 Kr.	1087
Stockholm	100 Kr.	1427
Kristiania	100 Kr.	1006
Helsingfors	100 finn. Mk.	168
Schweden	100 Frs.	162 1/2
Wien (alt.)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	17
Budapest	100 K.	17 1/2
Prag	100 K.	82 1/2
Spanien	100 Pesetas	880
London	1 £	246
Paris	100 Frs.	441
Belgien	100 Frs.	462
Italien	100 Lira	260
Bukarest	100 Lei	—
N. York telegr. Ausz. 1. Doll.	—	63 1/2
do. briefl. Ausz. od. Scheck	—	63 1/2

Geschäftsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 18. März 1921.

Dampfer Segler Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit	Zeit
D. Otto Oppen	G. Sieg	Abensberg	Helsingfors	6
D. Otto Oppen 22. März	Travis	Wolfe	See	21
D. Otto Oppen 23. März	Otto Oppen	Abensberg	Hamburg	24
D. Helgoland	Reinhold	Brinkmann	Hango	2
D. Borries	Wulf	Neumühlen	8	2

Regelmäßige Verschiffungsglegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.

Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Helsingborg, Halmstad, Marstrand und Göteborg sowie monatlich mit den Dampfern der Hasland-Linie Spanien, Westküste, Majaden, Malmö und Lübeck für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern "Tärnan", "Nissen", "Falken" und Ludwig Kullberg" nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer "Ludwig Kullberg" am 28. März. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17. Schiffsmäler: G. H. Schütt & Co., Untertrave 12/18.

Kopenhagen mit Umladung nach Aarhus, Nalborg, Vejle, Rolding, Randers, Odense, Fredericia, Horsens, Island, West-Norwegen und Amerika einmal wöchentlich ein Dampfer der Forende Dampfschiff-Gesellschaft in Kopenhagen. Die Dampfer nehmen außer Fracht auch, soweit möglich, Passagiere mit. Nächste Expedition: Dampfer "Vogd" am 28. März. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: G. H. Schütt & Co., Untertrave 12/18.

Stockholm eventuell auch Kalmar, ein bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Reder-Allebolaget "Svea" in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer "Geston" am 28. März nach Kalmar, Malmö, Helsingborg und Stockholm. Nach Österhamn und Westeröd je nach vorliegender Ladung. Vertreter für den Personentransport: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: G. H. Schütt & Co., Untertrave 12/18.

Stockholm eventuell auch andere Wälder anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Standard-Schiffenlinie. Nächste Expedition: Dampfer "Pauline Haubush" am 28. März. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck, Gr. Alsfähre 6.

III. Nach Südschweden.

Christiania, nach Bedarf auch andere Wälder anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der Söndersfield-Mörke Dampfschiffslinie sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Condor" am 24. März. Vertreter: Rob. M. Glomann Jr., Alstrasse 88.

Klein, Tommen und Christiania alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der "Fjellinjen" in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: ein Extra-Dampfer am 28. März. Vertreter für den Frachtverkehr: G. Stein, Untertrave 9.

Gävle, Örebro, Rosala wegen Eis geschlossen. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampferexpedition G. m. b. H., Untertrave 48.

Helsingfors. Linie Victor Et. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Stockholm" am 20. März. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 12/18.

Abo. Ein bis zweimal monatlich. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Nächste Expedition: Dampfer "Seljalands" am 28. März. G. H. Schütt & Co., Untertrave 12/18.

Abo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der "Angartungs-Allebolaget", Transito, in Abo. Nächste Expedition: Dampfer "Hinnala" am 24. März. Personen- und Frachtverkehr: Biehl & Fehling, Schiffahrtskontor, Beckergrube 89.

Abo. Alle 14 Tage ein Dampfer der Finnland-Linie. Nächste Expedition: Dampfer "Aranda" am 28. März. Vertreter: Korpas & Tuomaala, Engelgrube 50.

V. Nach Lettland und Estland.

Riga (mit Gleklauß). Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Sedira" am 24. März. Vertreter: G. H. Berlin, Gr. Alsfähre 28.

